

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 18.

Sonnabend, den 5. Mai 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

**Blankenburg a. Harz.** Nach hier ist Bezug fernzuhalten. Die  
Vorstandsmitglieder wurden gemahnt.

**Balmbach.** Firma Kavalier gesperrt.

**Bindenfels, Bensheim und Elmshausen.** Bezug von aus-  
wärtigen Kollegen ist noch streng fernzuhalten. Die ehe-  
maligen Ausgesperrten sind noch nicht alle untergebracht.

**Osabrück.** Bei der Firma Steinhauer befinden sich die  
Kollegen im Streik.

**Verbersdorf-Rohwein.** Der Steinbruchbesitzer Herze beliebt  
die Methode, die an der Spitze stehenden Kollegen der Orts-  
verwaltung zu entlassen. Der Bruch ist gesperrt und eventuelle  
Arbeitsangebote sind zu ignorieren.

**Hiel.** Seit dem 2. April stehen die hiesigen Steinmehnen im  
Streik. Bezug ist fernzuhalten. Aus der Harzgegend ver-  
sucht man Streikbrecher anzuwerben.

**Strahburg i. Elb.** Platz Bree ist gesperrt.

**Bonn.** Die Firma Dübbes ist gesperrt.

**Potsdam.** Die Kollegen stehen seit dem 2. April im Streik.  
Bezug nach hier ist streng zu vermeiden.

**Münster.** Platz Hiltrup ist gesperrt.

**Weglar.** Bezug nach hier ist fernzuhalten.

**Leipzig.** Der Bildhauer-Obermeister Rudolf Cölln, welcher  
durch seine berühmte Submissionsofferte das Völkers-  
schlachtdenkmal übertragen bekam, entließ vier Steinmehnen,  
weil sie den verprochenen Lohn verlangten. — Die  
dort beschäftigten Bildhauer arbeiten billiger wie die Stein-  
mehnen. Arbeitsangebote nach dort sind abzulehnen.

**Gelsbach und Umgebung.** Bezug ist streng fernzuhalten.  
51 Mann legten im Mainhandsteinwerk die Arbeit nieder.

**Steinau.** Bei der Firma Dickerhoff u. Neumann (Bruch  
Steinau) wurden 10 Mann wegen Verbandsangehörigkeit ge-  
kündigt.

**Oberbilshausen.** Hier stehen 25 Kollegen im Streik.

**Altenz.** Von den 171 in den Streik getretenen Kollegen sind  
jetzt bloß noch ca. 30 zu unterstützen. Die Situation steht  
für uns günstig.

**Wörsch.** Die Tarifverhandlungen sind noch nicht ganz ab-  
geschlossen. Die Brecher sollten von einer Zulage ausgeschlossen  
sein. Die Sperre bleibt deshalb bestehen.

**Reinshausen a. Main.** Die Kaiser-Steinbruch-Aktiengesell-  
schaft legte den Kollegen einen Tarif vor; jedoch ist derselbe  
von den Kollegen nicht sanktioniert worden. Die Firma stellt  
Beute ein, soviel sie erhalten kann. Bezug ist, bis die An-  
gelegenheit sich erledigt hat, streng zu meiden.

**Heppenheim.** Bei der Firma Süddeutsche Steinindustrie  
u. G., Betrieb Steinmauer, legten die Pflasterer und Schmiede  
am 21. April die Arbeit nieder. Bezug von Pflasterern und  
Schmieden nach der Steinmauer ist fernzuhalten.

**Ludwigshafen a. Rh.** Die beiden Meister Philipp und Daniel  
Laudacher haben den Tarif gekündigt. Bezug ist streng fern-  
zuhalten.

**Greifswald.** Der Betrieb der Firma Jagdmann ist für Stein-  
mehnen und Schleifer nach wie vor gesperrt.

**Offenbach (Main).** Der Streik ist zu unseren vollen Gunsten  
erledigt, es wird von nun an nur im Stundenlohn geschäft:  
1. Klasse 58, 2. Klasse 56 und 3. Klasse 52 Pfg. Die  
Organisation ist selbstredend anerkannt und der 1. Mai durch  
Beitrag freigegeben. Die Verhandlungen unsererseits leitete  
Gändler, Frankfurt.

**Bruckmühl (Oberbayern).** Bei der Firma Joh. Köhner  
reichten sämtliche Steinmehnen und Schleifer, 44 Mann, die  
Kündigung ein, weil kein Tarifvertrag zum Abschluß kommen  
konnte. Genannte Firma beliebt einen verschlechterten Afford-  
tarif einzuführen. Bezug von Warmor- und Granitarbeitern  
nach hier ist streng fernzuhalten.

**Emmendingen.** Lohnbewegung erfolgreich beendet. Ueber die  
Bezirke Jakob Diefenbacher in Wenzingen und Bernhard  
Kranich in Hainbach ist die Sperre verhängt. Die Kol-  
legen werden ersucht, Arbeitsangebote der beiden Unternehmer  
abzulehnen.

**Seimen.** Die Kollegen in der Kunststeinfabrik sind ausgesperrt.  
Bezug ist fernzuhalten.

**Niederlantsch.** Ein Tarifvertrag ist abgeschlossen. Für die  
hiesige, noch nicht lange bestehende Zahlstelle ein schöner  
Achtungserfolg.

**Dortmund.** 58 Kollegen sind am 1. Mai in den Streik ge-  
treten. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Benche-Brandis.** Hier stehen 350 Kollegen seit dem 2. Mai  
im Streik! Die gut vereinigten Unternehmer lehnten jede  
Preiserhöhung für die Pflasterer und Schroter ab.  
Die Steinmehnen zum Leipziger Völkersschlachtdenkmal  
wollen die Meister im — Schwarzwald herstellen  
lassen. Schon seit Wochen sind die Tarifverhandlungen  
im Gange, die Unternehmer zeigten sich aber äußerst  
hartnäckig. Bezug nach hier ist streng fernzuhalten,  
ebensofalls auch für Schmiede. Die Firmen, bei welchen  
der Streik proklamiert ist, heißen: Günther u. Fiedler,  
Daul u. Tollert, Hartwig und Preißer.

**Kassel.** Hier sind 40 Steinmehnen in den Streik getreten.

**Ulm.** Die Lohnbewegung bei der Firma Fackler ist zu  
unseren vollen Gunsten erledigt.

**Reinheim.** Bei der Firma Frohmann u. Co. stehen 18  
Kollegen im Streik.

**Kopenhagen.** Die Marmor- und Granitschleifer haben die  
Arbeit niedergelegt, nachdem die Verhandlungen über eine  
neue Regelung ihres Tarifvertrages scheiterten.

## Der zweite Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1904.

III.

Den deutschen Bericht können wir wohl an dieser Stelle  
übergehen, da er für die Leser unseres Organs nichts  
Neues enthält.

Der englische Bericht wird völlig von der Beschreibung  
des neuen Arbeitslosgesetzes vom Jahre 1905 beansprucht,  
dessen Zweck die Schaffung einer Organisation zur Ver-  
schaffung von Arbeit oder Unterstützung von Beschäf-  
tigungslosen ist. Das vorläufig für die Dauer von drei  
Jahren erlassene Gesetz sieht die Einsetzung von Notstands-  
kommissionen, von denen wenigstens ein Mitglied eine  
Frau sein muß, und einer Zentralbehörde für London vor;  
es ermöglicht Arbeitskolonien zu errichten und zu diesem  
Behufe Land zu erwerben. Ein Urteil über die Wirkun-  
gen des neuen Gesetzes kann der Bericht noch nicht fällen;  
er schließt mit der Konstatierung, daß die sonstigen Fak-  
toren für Arbeiterbeschaffung, als kommunale Nachweise,  
allesamt sehr wenig in Anspruch genommen würden und  
daß die meisten Arbeiter durch Umschau in den Fabriken  
und Werkstätten Beschäftigung finden, wobei ihnen häufig  
die Empfehlung dort schon arbeitender Kameraden zu-  
statten komme.

Der dänische Landesbericht gibt ziffernmäßige Nach-  
weise über die Arbeitslosigkeit, die der englische Bericht  
leider vermissen läßt. Der Tagesstand der Arbeitslosen  
schwankte in allen Organisationen zwischen 5784 im Juni  
und 16214 im Januar 1904. Die Minimal- und Maxi-  
malziffern vom Jahre 1903 waren 4672 im Mai und  
17425 im Januar. Der Zähltag war der letzte Monats-  
tag. Ein Vergleich der auf die einzelnen Gewerbegruppen  
entfallenden Ziffern beider Jahre ergibt, daß bis Juli  
1904 die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe größer war als  
im Vorjahre, dann aber zurückging, während die gegen-  
teilige Bewegung in den Industrieberufen bemerkbar war.  
Die Arbeitslosigkeit der ungelerten Arbeiter war da-  
gegen durchweg geringer als im Vorjahre. Die Arbeits-  
losigkeitsausgaben weisen insgesamt von 1903 auf 1904 die  
geringe Steigerung von 366 053 auf 382 374 Kronen auf.  
Indes werden diese Ziffern als Mindestzahlen bezeichnet,  
da auch die Zweigvereine häufig besondere Unterstützungen  
zahlen.

Die amtliche Streikstatistik verzeichnet für 1903 (für  
1904 fehlen noch die Angaben) 60 Arbeitseinstellungen.

Um den in letzter Zeit mehrfach erfolgten Schadens-  
ersatzklagen wegen Aufforderungen zu Sperrn usw. zu  
entgehen, hat die Landeszentrale, auf ein juristisches Gut-  
achten gestützt, für die Gewerkschaften eine besondere An-  
leitung herausgegeben, die den Zweck verfolgt, die gewerk-  
schaftlichen Sperrn ebenso wirkungsvoll, wie die Angriffe  
des Unternehmertums und der Gerichte wirkungslos zu  
machen. — Hinsichtlich der Arbeitslosgesetzgebung wird die  
Erlangung direkter Staatshilfe für die Arbeitslosenklassen  
der Gewerkschaften für die nächste Zeit erwartet. Die Ein-  
führung des Achtstundentages will die Regierungspartei  
im Folkething unterstützen, wenn derselbe sich auf ein be-  
sonderes gesundheitsgefährliches Gewerbe beschränke. Um  
die Probe aufs Exempel zu machen, soll zunächst der Acht-  
stundentag für die Arbeiter in den Papierfabriken gefor-  
dert werden. Die Unfallversicherung soll nach den Ver-  
heißungen der Regierung auf die Landarbeiter und auf die  
noch nicht versicherten Industriezweige ausgedehnt werden.  
Der Bericht erwähnt ferner, daß die Bekämpfung der  
Liberulose auf gefählichem Wege angebahnt wurde und  
daß eine Revision der Gefindegesetzgebung in Vorbereitung  
begriffen sei.

Der schwedische Bericht teilt zunächst mit, daß in  
Schweden, im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen, in-  
folge günstiger Konjunktur reichliche Arbeitsgelegenheit  
vorhanden war, was sehr zur Entwicklung der Gewerk-  
schaften beitrug. Die letzteren wurden auch durch die stets  
erneuerten Angriffe der organisierten Unternehmer nicht  
gehemmt, sondern noch mehr gefestigt. Nur der zu Streik-  
brecherdiensten stets bereite Schwedische Arbeiterbund, der  
einige Tausend Mitglieder zählt, bereitet ihnen einige  
Schwierigkeiten, ohne ihnen ernstlich zu schaden. Von Be-  
deutung ist die Organisation der Feldarbeiter, die sich zen-  
tralisiert haben. Der Landesorganisation neu angeschlossen  
haben sich fünf Verbände mit 19 687 Mitgliedern. Außer-  
halb der Zentrale stehen noch 7 Verbände mit 19 703 Mit-  
gliedern, von denen einer (der Brauer) neuerdings bereits  
den Anschluß beschlossen hat. Das Berichtsjahr war ein  
sehr kampfreiches. Die amtliche Statistik zählte 196  
Kämpfe in 556 Betrieben mit 10 500 beteiligten Arbeitern,  
davon 11 Aussperrungen. 136 Konflikte entstanden durch  
Lohnstreitigkeiten.

Der Kampf der Steinmehnen in Bohus-

Län währte 7 Monate, auch die Holzarbeiter und  
Bretter Schneider führten lange und heftige Kämpfe.

Der norwegische Landesbericht teilt mit, daß das Jahr  
1904 in Norwegen im Zeichen des wirtschaftlichen Nieder-  
ganges stand und besonders die Baugewerbe von starker  
Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Die Gesamtzahl der  
hierdurch verlorenen Arbeitstage wird auf 269 499, der  
verlorene Arbeitsverdienst auf 946 551,55 Kronen beziffert.

Die Arbeitszeit in Norwegen variiert zwischen 8 und  
10½ Stunden, sie beträgt im Durchschnitt etwa 9½ Stun-  
den. Der Durchschnittslohn von 3,49 Kronen gilt nur als  
Tagesverdienst, ohne Bezugnahme auf den Arbeitsausfall.  
Mit reaktionären Angriffen der herrschenden Mächte hat  
auch die norwegische Arbeiterchaft zu rechnen. Wenn auch  
das Zuchtstrafgesetz von 1903 nicht zustande kam, so sind  
doch die Juristen fortgesetzt bestrebt, die Bekanntheit ge-  
werkschaftlicher Sperrn unter das Strafgesetz zu bringen.

Der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission  
zeichnet sich diesmal durch eingehendere statistische Nach-  
weisungen der Stärke und Leistungen der Gewerkschaften  
aus. Diese Statistik läßt einen ansehnlichen Aufschwung  
der österreichischen Gewerkschaften erkennen, die von  
154 665 auf 189 121 Mitglieder stiegen. Mit den 16 350  
in allgemeinen Gewerkschaften und Bildungsvereinen or-  
ganisierten Arbeitern ist das zweite Hunderttausend Mit-  
glieder bereits überschritten. Besonders erfreulich ist das  
starke Wachstum der weiblichen Mitgliedschaft. Ein Ver-  
gleich der Zahlen der Organisierten mit denen der Berufs-  
angehörigen ergibt, daß die Buchdrucker und Schriftsetzer  
einschließlich der Hilfsarbeiter zu 73,25 Proz., die Sagen-  
arbeiter zu 38,46 Proz., die Gutmacher zu 20,86 Proz., die  
Eisenbahner zu 20,47 Proz. und die Lithographen zu 10,28  
Proz. organisiert sind. Bei 9 Berufen schwankt das Or-  
ganisationsverhältnis zwischen 10 bis 20 Proz. Der Ge-  
samtdurchschnitt wird auf etwa 8,51 Proz. angegeben. Die  
Jahreseinnahmen und -ausgaben der Gewerkschaften sind  
etwas zurückgegangen, von 19,01 Kronen pro Kopf in 1903  
auf 17,94 Kronen in 1904. Dementsprechend weist auch der  
Vermögensstand eine Abnahme von 24,62 in 1903 auf  
23,32 Kronen in 1904 auf. Diese Abnahme ist indes vor-  
wiegend auf das plötzliche Anwachsen der Mitgliederzahl  
zurückzuführen.

In Bulgarien ist die Gewerkschaftsorganisation sicht-  
lich von deutschen Mustern beeinflusst. Leider hat man sich  
dort nicht damit begnügt, das in Deutschland Bewährte  
fortzupflanzen, sondern auch eine gehörige Portion Un-  
kraut mit übernommen. So macht sich in dem kleinen  
Ländchen der Gegensatz zwischen den sogenannten weith-  
herzigen und den engherzigen Sozialisten in zerplittern-  
der Weise breit. Die Engherzigen vertreten die anarchi-  
stisch-revolutionäre Gruppe, die alle Reformen vom Gegen-  
wartskampfe verwerfen und auch den Lohnkampf, das Unter-  
stützungswesen und die Tarifverträge verachten und in der  
Organisation lediglich das Mittel der Vorbereitung der  
Revolution erblicken. Auf die weitherzigen Gewerkschaften,  
deren Unterstützungskassen und deren Neutralität schimpfen  
sie gerade wie unsere Lokalfisten, weshalb der Bericht sie  
auch ohne weiteres mit der anarcho-sozialistischen Richtung  
identifiziert. Dabei haben es diese Pfaffenhelden aber zu  
keiner nennenswerten Organisation gebracht und auf ihrem  
Kongresse am 12. August 1904 spalteten sie sich obendrein  
in zwei Lager. Die weitherzigen Gewerkschaften dagegen  
befinden sich in fortschreitender Entwicklung; sie zählten  
bereits 1672 Mitglieder, 16 600 Frank Jahreseinkommen  
und 12 600 Frank Kassenbestand.

Die italienische Gewerkschaftsbewegung leidet nicht  
nur unter dem unglücklichen Zwist zwischen der zentralisti-  
schen Verbandsorganisation und den lokalistischen Arbeits-  
kammern, sondern Konflikt ist obendrein verschärft  
worden durch die politischen Spaltungen, die die dortige  
Arbeiterpartei beherrschen, deren Polemiken auf die Ge-  
werkschaften derart zurückwirkten, daß deren Zentralorgan,  
im Jahre 1905 geschaffen, noch nicht in Tätigkeit treten  
konnte. Auch hat der durch die großen Kämpfe des Jahres  
1902 angeregte Enthusiasmus stark abgeflaut. Die Land-  
arbeiterbewegung, die es schon auf 300 000 Mitglieder ge-  
bracht hatte, ist aus der Statistik völlig verschwunden. Die  
neuerlichen Ermittlungen über den Umfang der Gewerk-  
schaften weisen gegenüber denen des Abg. Cabrini vom  
Jahre 1902 erhebliche Rückgänge auf. Damals zählte Ca-  
brini 238 980 Mitglieder, 1904 wurden nur noch 175 102  
ermittelt. Eine Reihe von Organisationen sind völlig ein-  
gegangen. Verhältnismäßig gut haben sich die Eisen-  
bahnerverbände entwickelt. Die Zahl der Arbeitskammern  
beträgt 43, denen 188 440 Mitglieder angeschlossen sind.  
Der Beschluß des Kongresses von Genua, der die Arbeits-  
kammern verpflichtet, ihre Sektionen den Verbänden zu-  
zuführen, ist nur zum kleinsten Teile durchgeführt. Auch  
läßt die Festigkeit der Zentralisation sehr zu wünschen  
übrig. Die Verbindung ist sehr locker; die Zentralkomitees  
verfügen nicht genug über Geldmittel, um einen Einfluß  
entfalten zu können. Alles in allem, die italienische Ge-  
werkschaftsbewegung, die einst so hoffnungsvoll sich ent-  
faltete, repräsentiert sich in wenig vorteilhaftem Stadium,  
hoffentlich überwindet sie diese innere Krise recht bald.

Der Gesamteindruck des Internationalen Berichts über  
die Gewerkschaftsbewegung von 1904 ist im Allgemeinen  
ein günstiger. Er zeigt die gesunde Fortentwicklung der

Gewerkschaftsorganisation, die siegreich alle Schwierigkeiten überwindet und der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Platz im Wirtschaftsleben der Völker erkämpft. Daß dieser Fortschritt kein einheitlicher ist, kann diesen Eindruck kaum abschwächen. Wo viel Licht ist, da ist auch Schatten. Und gerade ein aufmerksames Studium dieses Verdrücktes wird dazu beitragen, diese Schatten in einzelnen Ländern näher ins Auge zu fassen und die Ursachen des Zurückbleibens zu ergründen. Wenn der Bericht dazu beiträgt, zu erster Förderung der Gewerkschaftsarbeit in allen Ländern anzuspornen und die Schäden, die die Entwicklung hier und da beeinflussten, zu beseitigen, so hat er seine Aufgabe zweifellos erfüllt.

## Vom Feste der Arbeit.

Die Maifeier wurde diesmal in Deutschland von der arbeitenden Klasse in überaus würdiger Weise begangen. Wenn auch die Scharfmacher in den letzten Tagen mit ihren berüchtigten „Mkassen“ herausrückten, daß sie größere Aussperrungen inszenierten, sobald die Arbeiter ihren 1. Mai feierten, so hat das Proletariat auf diese Drohungen geantwortet, daß die diesjährige Maifeier überall unter kolossaler Beteiligung stattfand. Auch die Steinarbeiter haben in vielen Orten am 1. Mai die Arbeit völlig ruhen lassen. Wir publizieren kurz die hierzu eingegangenen Berichte:

**Böden.** Die allgemeine Maifeierversammlung war von 1000 Personen besucht. Unter stürmischem Beifall sprach Frau Dr. Gräbner-Dresden. Von den Steinarbeitern beteiligten sich 65 Kollegen an der Feier.

**Brandenburg.** Sämtliche hier beschäftigte Steinarbeiter, 28 an der Zahl, ließen am 1. Mai die Arbeit völlig ruhen. Die vor etlichen Tagen beendete Lohnbewegung brachte uns eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg.

**Hamburg I.** 145 Kollegen beteiligten sich an der Maifeier. Die Feststimmung war eine gehobene. In Hamburg verliefen die Demonstrationen in größter Ruhe.

**Gotha.** Die Kollegen faßten den einmütigen Beschluß, die Maifeier zu begehen, 25 Kollegen beteiligten sich daran.

**Pirna.** Zu dem von den Behörden zum erstenmal erlaubten geschlossenen Umzug mit Musik durch die Stadt hatten sich hier gegen 600 Maifeiernde eingefunden. Ungefähr 100 Prozent mehr als in den vorhergehenden Jahren. Die Steinarbeiter, 240 an der Zahl, feierten alle durch Arbeitsruhe.

**Berlin I und II.** In Berlin brillante Maifeier. 1200 Personen, meist Steinarbeiter, füllten den Saal von Rodas Theater. Das Lokal wurde polizeilich abgesperrt, etwa 100 Kollegen fanden keinen Einlaß mehr. Vor 10 Jahren feierten genau 28 Steinarbeiter. Diesmal die imposante Versammlung. Es ist dies nach Ansicht des Berichtserfassers die „Reaktion“ vom letzten Gewerkschaftskongress. Von den Berliner Kollegen hätte sich keiner eine so glänzende Maifeier unter den Berufsgruppen träumen lassen. Auch die übrigen Berliner Maifeier waren überfüllt.

**Hamburg II.** 120 Kollegen der Marmorbranche ließen am Weltfeiertag die Arbeit ruhen. Der Festzug der Hamburger Demonstranten verlief großartig. Der Vorbeimarsch dauerte 2½ Stunden.

**Wenig-Radwitz (Schlesien).** An der Vormittagsversammlung nahmen 110 Steinarbeiter teil. Das Referat des Genossen Stolpe, welcher in echt volkstümlicher Weise sprach, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nachmittags gemühtes Beisammensein in der Wäghofen. Die geplante Aussperrung (zwei Tage) nahm am letzten Sonnabend die Firma Zeidler u. Wimmel zurück. Wahrscheinlich deshalb, weil Schilling nicht mitmachte und die übrigen Kollegen gewillt waren, abzureisen, falls sie ausgesperrt würden.

**Plagwitz-Röwenberg (Schlesien).** Durch Arbeitsruhe feierten den 1. Mai sämtliche 48 Steinarbeiter und 20 Brecher. Die Firma Zeidler u. Wimmel gab am 20. April bekannt, daß diejenigen, welche am 1. Mai nicht arbeiten, auch am 2. und 3. Mai nicht arbeiten dürften, was diese Erklärung aber am 28. April wieder zurück. Die diesjährige Maifeier hat also für die Feiern keine weiteren wirtschaftlichen Nachteile zur Folge. Man sieht, was wir durch ein geschlossenes Vorgehen erreichen können.

**Alt-Warthau (Schlesien).** Die Arbeitsruhe bei den Steinarbeitern und Brechern war eine allgemeine. Vormittags 10 Uhr sprach im Lokal des Herrn Stank Kollege Braun vor etwa 140 Personen. Sein Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachmittags entwickelte sich ein richtiges Volksfest.

**Schmalzalen.** Die Maifeier begingen 18 Kollegen, nur drei Schleifer hatten es notwendig, zu arbeiten.

**Reichen (Elbe).** Wie alljährlich, so wurden auch diesmal die Unternehmer benachrichtigt, daß der 1. Mai durch absolute Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Ohne wesentlichen Widerstand genehmigten alle sechs Betriebe die Forderung. Nur auf dem Dombau hat man ein Vorstelligwerden beim Arbeitgeber unterlassen. Von den Steinarbeitern beteiligten sich an der Feier ca. 200 Mann. Mittags 1 Uhr durchzog ein Zug von ca. 2000 festlich gekleideter Arbeiter und Arbeiterinnen die Straßen der Stadt nach der Alten Burg. Dort entwickelte sich bald ein feuchtföhliches Treiben. Die Mehrzahl fand keinen Platz an den Tischen und mußte mit „Mutter Grün“ nähere Bekanntschaft machen. Vergessen waren alle Sorgen und alles Leid, überall erscholl der Ruf: Der Tag ist unser! Trotzdem den Arbeitern von seiten der Unternehmer eine wirtschaftliche Krise geweissagt wurde, war die Beteiligung eine bedeutend größere als in den Vorjahren. Bemerkenswert ist noch, daß das reservierte Verhalten der Polizei viel zum Gelingen der Feier beigetragen hat. Die Reaktion aber — der Sachsen von jeher als Versuchskanari für ihre volksfeindlichen Pläne diente — mag sich diese Maidemonstration zur Warnung sein lassen: Ein Versuch, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht anzugreifen, wird das Volk zum äußersten treiben.

**Bremen.** Die 7 Volksversammlungen am Vormittag waren überfüllt. Die Steinarbeiter der beiden Zahlstellen feierten den 1. Mai allgemein, es kamen mindestens 100 Kollegen in Frage.

**Langenfalsa.** Wegen der Freigabe des 1. Mai stießen die Kollegen bei den Meistern auf keinen Widerstand. 30 Kollegen ließen die Arbeit ruhen.

**Mittweida.** Sämtliche Akkordarbeiter, etwa 100 an der Zahl, beteiligten sich an der Maifeier. Diefelbe verlief überaus musterhaft. Das Wetter war glänzend, was wohl die Spieghürger am meisten geärgert haben mag. Öffentlich beteiligten sich das nächste Mal an der Feier auch die Kollegen, die im Stundenlohn arbeiten. Ein Herr der Aktiengesellschaft wollte auch den Akkordarbeitern keine Genehmigung zur Maifeier geben, ließ sich aber dann durch die Ausführungen einiger Kollegen trotzdem überzeugen und nahm die angebotene Aussperrung für den 2. Mai zurück.

**Erfurt.** In den drei Baugeschäften herrschte vollständige Arbeitsruhe; nur in den Grabheimgeschäften wurde wegen dringender Arbeit gearbeitet (?); am Ausflug beteiligten sich 31 Kollegen.

**Striegau.** Etwa 450 Kollegen feierten den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe und Beteiligung an einem demonstrativen Spaziergang. Die Feier verlief großartig.

**Leipzig I.** 200 Sandsteinmehnen beteiligten sich an der Maifeier. Einige Meister hegten Aussperrungsgelüste, sind aber in der Innung mit ihrer Meinung nicht durchgedrungen.

**Freiburg (Baden).** Die Maidemonstration verlief im ganzen Baugewerbe großartig. Von 119 Verbandsmitgliefern, welche unsere Zahlstelle jetzt zählt, fehlten beim Verlesen der Präsenzliste bloß 7 Mann.

**Mittelsteine.** Die hiesigen Steinarbeiter feierten den ersten Mai durch Arbeitsruhe. Vormittags 11 Uhr Versammlung in Villa Nowa. Referent Genosse Paul Breiter-Langenbielau. Anwesend waren 60 Mann. Bewachung war auch genügend vorhanden, 8 Gendarmen für Mittelsteine waren kommandiert.

**Dresden.** Wie alljährlich, so nahm auch dieses Jahr die Maifeier einen imposanten großartigen Verlauf, die Vormittagsversammlungen waren durchweg gut besucht, und daß sich das Massenbewußtsein des Proletariats immer mehr Bahn bricht, kann man, wenn man den nicht endenwollenden Zug bei dem Nachmittagsparadepaziergang gesehen hat, ruhig behaupten, 1¼ Stunden dauerte es, ehe derselbe vorübermarschiert war, rechnet man die Festteilnehmer dazu, welche schon im Linkeischen Bad (das größte Gartenabstimmung hier) anwesend waren, so haben sich mindestens 25 000 an demselben beteiligt, ein großer Teil mußte wieder umkehren und in andern Lokalen Unterkunft suchen, im Linkeischen Bad selbst wechselten Konzert, Gesang und turnerische Aufführungen einander ab. Die Steinarbeiter feierten das 17. Mal geschlossen durch vollständige Arbeitsruhe den ganzen Tag, zahlreich waren sie in den Versammlungen vertreten. Ebenfalls waren viele als Ordner mit tätig. Von den Steinarbeitern feierten mindestens 550 Kollegen.

**Bunzlau.** Die hiesigen Steinarbeiter haben beschlossen, den 1. Mai wie immer durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Die Firma Zeidler u. Wimmel erklärte hierauf, sämtliche Steinarbeiter, welche den 1. Mai feiern, weitere zwei Tage auszusperrn, sie zog jedoch im letzten Augenblick diese Erklärung zurück, gewiß einsehend, daß man mit derartig kleinen Mitteln unsere Bewegung nicht aufhält. 130 Kollegen beteiligten sich an einem von den Gewerkschaften arrangierten Massenparadepaziergang, welcher morgens bei schönem Wetter stattfand. Nachmittags fand in Neu-Breslau eine gut besuchte Versammlung statt. Kurz sei noch erwähnt, daß wir seit 12. März die achtstündige Arbeitszeit eingeführt haben. Die Unternehmer lehnten es ab, mit uns zu verhandeln und meinten, es wäre ein Tarifbruch. Jedoch ist die Arbeitszeit in der Arbeitsordnung vorgegeben und hat mit dem Tarif nichts zu tun. Die Unternehmer haben sich jedoch stillschweigend damit einverstanden erklärt, und wird dies auch das beste in ihrem sowie im Interesse der Gesellen sein.

**Offenbach.** Die Kollegen, etwa 65, feierten den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe. Sämtliche Kollegen beteiligten sich morgens an der Festversammlung sowie mittags an dem Demonstrationszug. Der Demonstrationszug war ein solcher wie noch nie vor Jahren. Das ist ein Beweis, daß sich die Offenbacher Arbeiterschaft aufrafft, um gegen den Kapitalismus zu demonstrieren.

**Hohburg (Sachsen).** Die Abendversammlung am 1. Mai war sehr gut besucht. Es hatten sich ungefähr 140 Kollegen, teilweise mit ihren Frauen eingefunden. Das Referat hielt Kollege Staudinger. Die Organisation macht im Würzener Gebiet wieder sehr schöne Fortschritte.

**Beucha-Brandis (Sachsen).** Im hiesigen großen Granitgebiet ruht die Arbeit vollständig. Die Behörde erlaubte zum erstenmal einen Umzug, in Sachsen wohl eine große Seltenheit. Von Brandis zogen 350 Kollegen im geschlossenen Zuge nach Beucha. An der Spitze marschierte ein Musikkorps, den Zug beschloß der Arbeiteradfahrerverein. Der Demonstrationszug erreichte allgemeines Aufsehen. In Beucha angekommen, begann sofort vormittags 10 Uhr die Versammlung, die von mindestens 500 Personen, meistens Steinarbeitern und deren Angehörigen, besucht war. Kollege Staudinger referierte unter lebhaftem Beifall über die Bedeutung des proletarischen Weltfeiertags und über die Aufgaben der zu führenden Klassenkämpfe. Als der Redner die Auslands- und Steuerpolitik geißelte, wurde er vom Hebermachen unterbrochen.

Wie uns eine Depesche meldet, wurden in Beucha-Brandis sämtliche Steinarbeiter ausgesperrt.

Die vollzogene Aussperrung der Steinarbeiter wegen der Maifeier beantworteten die Kollegen am 2. Mai mit der Proklamierung des Streiks. Der Tarif war abgelaufen, von einer Zulage für die Schrotter und Pfisterer wollten die Meisten nichts wissen.

**Rothenburg (Tauber).** An der Maifeier beteiligten sich 50 Kollegen.

**Naumburg (Saale).** Von 35 organisierten Steinarbeitern der Zahlstelle Naumburg beteiligten sich an der Maifeier durch Arbeitsruhe 18 Mann. Die Kollegen von Weichenfels, welche der hiesigen Zahlstelle angehören, haben trotz Aufforderung nichts von sich hören lassen.

**Altona.** Die Maifeier verlief sehr schön. 65 Kollegen nahmen daran teil.

**Kaiserslautern.** Beteiligt durch Arbeitsruhe 65 Kollegen. Eisenach. Durch Arbeitsruhe beteiligten sich sämtliche Verbandsmitglieder.

**Görlitz.** Sämtliche Mitglieder beteiligten sich durch ½tägige Arbeitsruhe und Massenparadepaziergang.

**Frankfurt.** Durch Arbeitsruhe 80 Kollegen.

**Wiesbaden.** Hier ruhte von 3 Uhr nachmittags ab, mit Ausnahme eines Geschäfts, die Arbeit.

**Kappelrodek.** 140 Kollegen begingen durch Arbeitsruhe den 1. Mai. Für die italienischen Kollegen referierte der Genosse Cintrelli-Zürich, für die deutschen Müller aus Nichtenhal. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

**Amorbach.** Bei herrlichstem Wetter feierten 28 Kollegen den 1. Mai.

**Landsberg (Lech).** Die hiesigen Einzelzahler, 20 an der Zahl, ließen am 1. Mai die Arbeit ruhen.

**Düßeldorf.** Auch hier beteiligten sich an der proletarischen Kundgebung am Weltfeiertag 40 Kollegen.

**Heigenbrücken am Main.** Unsere junge Zahlstelle beschloß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. 25 Kollegen nahmen an der Feier teil.

**Osternwald.** Die Maifeier begingen 50 Kollegen.

**Faulbach (Main).** Schon längst wurde für die festliche Begehung des 1. Mai eine starke Propaganda gemacht. Auf sechs Werkplätzen ruhte die Arbeit vollständig. Der Verlauf der Feier war großartig.

**Hammelsprünge.** An der Maifeier beteiligten sich 32 Kollegen.

**Heppenheim.** Die Festrede zur Maifeier hielt der Zentralvorsitzende Kollege Starke. Seine Darlegungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Anwesend waren 100 Kollegen.

**Lübeck.** An der Maifeier beteiligten sich 38 Kollegen.

**Aus dem Ruchelshaffgebiet.** Zum erstenmal wurde hier der Weltfeiertag des Proletariats gefeiert. Die Feier verlief glänzend. Die Betriebe in Würzburg, Grünsfeld, Kirchheim, Gohmannsdorf, Ochsenfurt, Marktbreit, Eibelsdorf, Rothenburg, Kartershofen, Mandersacker und Reichheim lagen zum großen Teil vollkommen, im übrigen teilweise still. Hunderte von Steinarbeitern strömten schon vormittags zur Versammlung nach Heidingsfeld und überfüllten dort mit den übrigen Genossen des Kartells den großen Saal. Um ½2 Uhr nachmittags setzte sich der circa 600 Personen fassende Zug mit Musik nach Mandersacker in Bewegung. Der Arbeitergefangenverein von Heidings-

feld gab durch seine best vorgetragenen Lieder dem Feste ein schönes, ernstes Gepräge und erteilte, neben Wittenmeier der die Festrede hielt, stürmischen Beifall.

**Konstanz.** In hiesiger Stadt verlief die Maifeier großartig. Es beteiligten sich von unsern Kollegen an derselben 25 Mann. Die Festrede hielt Parteigenosse Stadtpfarrer Reichen aus Winterthur (Schweiz). Die Frommen des Kreises stellten sich darob bald auf den Kopf.

Wie aus vorstehenden Berichten hervorgeht, ist auch bei den Steinarbeitern der Weltfeiertag des Proletariats würdig begangen worden. Der 1. Mai als Arbeiterfeiertag gewinnt immer mehr an Bedeutung, es geht vorwärts trotz alledem.

## Aus dem größten Menschen-Ausbeutungsgebiet.

Die Eifel, welche sich zwischen den Städten Aachen, Trier und Koblenz hinzieht und deren Ausläufer sich bis in unmittelbarer Nähe des Rheines erstrecken, bietet den Fremden sowie den Einheimischen so mancherlei Interessantes und Sehenswürdiges in bezug auf Naturschönheiten. Etliche Bergketten sind stark mit Steinen und Erden durchsetzt, infolgedessen sich da eine rege Tätigkeit in der Steinindustrie bemerkbar macht. Während im südlichen Teile vorstehender Sandstein gewonnen wird, lagert in östlicher Richtung in der Umgebung von Mayen der Basaltlava, sowie der Tuffstein. Während der Lava sich durch seine Dauerhaftigkeit und Härte auszeichnet, ist der Tuffstein mitunter um so weicher. Aber unter welcher erschwerenden Verhältnissen, unter welcher tieftraurigen Zuständen die hiesigen Steinarbeiter ihr Leben elend dahinführen müssen, dürfte wohl noch den wenigsten bekannt sein. Fast sämtliche hier arbeitende Kollegen sind Einheimische, wohnen meistens auf dem Lande und haben ein kleines Aupfen. Der Beruf erbt sich von einer Generation zur andern fort, zumal selbiger nur nebenbei betrieben wird. Die Unternehmer, welche keinerlei Konkurrenz zu befürchten haben und die Laubheit der Arbeiter ausnützend, beuten selbige in der unerhörtesten Weise aus. Die Arbeiter sind eines teils genötigt, derartiges Vorgehen willenlos über sich ergehen zu lassen, weil sie ansässig und gebunden sind, andernteils fehlt es ihnen an dem nötigen Mut, um sich durch gegenseitige Verständigung bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu sichern. Wäre selbiger mehr Einigkeit und Zusammenhalt unter den Steinarbeitern der Eifel gewesen, als das bisher der Fall war, sie könnten heute weit besser dastehen. Von den ca. 6000 hier selbst beschäftigten Kollegen gehören nur 70 unserer Organisation an, und dies betrifft die einzige Zahlstelle Trier. Die sanitären Verhältnisse in den Steinbrüchen sowohl wie in den Gruben lassen noch sehr viel zu wünschen übrig. Von der Bundesratsverordnung ist soviel wie nichts zu merken. Trinkwasser, Arbeitsboden und Unterkunftsräume findet man ganz selten. Hier und da stehen ja etliche strohbedeckte Hütten, bei deren Eintritt man mitunter in gebückter Stellung gehen muß, jedoch nur für einen geringen Teil Kollegen Schutz bietet. Die Mehrzahl arbeitet im Freien und ist vollständig den Unbilden der Witterung preisgegeben. Der Stein wird, nachdem er mittels Aufzuges aus der Grube befördert worden ist, im rauen Zustande an die Steinhauer vergeben. Selbige müssen sich nun selbst das Stück ausschlagen, d. h. im Außenmaße zubastieren, unbekümmert darum, ob es durch unvorhergesehene Fälle überhaupt noch das vorgegebene Werkstück geben kann. Für diese Arbeit, welche oft mehr Zeit als die des Fertigstellens erfordert, gibt es keinen Pfennig Entschädigung. Sämtliches erforderliche Werkzeug, wo einzelne Werkzeuge bis zu 16 Pfund schwer sind, insbesondere bei den Brechern, welche über eine vollständige Ausrüstung verfügen, ebenfalls die Schmiedeschärfe, ist von den Arbeitern selbst zu stellen. Am Lohnstage, welcher gewöhnlich alle 14 Tage stattfindet, erfährt man erst den Preis für die während dieser Zeit fertiggestellte Arbeit. Selbige ist mitunter schon längstens versandt. Auf diese ungerechte schone Handelsweise vermögen die Arbeiter keinerlei Einfluß auszuüben. Die Unternehmer werden sich schwerlich herbeilassen, um ihrerseits erst den Preis für gelieferte Waren festzusetzen, wenn selbige schon verfertigt sind. Noch nicht genug damit, die Arbeiter sind noch verpflichtet resp. gezwungen, die von ihnen verfertigten Stücke gratis aufzuladen, um das selbige auf der Bahn zur Verladung kommen können. Im Nichtbeachtungsfalle wollten die Grubenbesitzer in letzter Zeit sogar Geldstrafen über diejenigen verhängen. Ja, es kommt sogar vor, daß sich die Kollegen die Rohsteine selbst aus der Grube ziehen müssen. In den Sommermonaten kann man sogar die Wahrnehmung machen, daß etliche, um frühmorgens recht zeitig auf der Arbeitsstätte zu sein, gleich in der Hütte übernachten. Die Schufterei dauert von Sonnenaufgang bis Untergang, nur um etwas verdienen zu können, im Winter werden unbegreiflicherweise die Löhne noch reduziert. Dies betrifft hauptsächlich die Basaltgruben. In den Tuffsteinbrüchen und Plätzen ist es fast ebenso. Der Verdienst ist bald hoch geringer, sind doch Löhne von 20 Mk. in 14 Tagen keine Seltenheit. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 25 und 40 Pfg. Es entspringen oft recht nette Submissionsblüten, bei denen bekanntlich der Arbeiter stets den Kürzeren ziehen muß. Kein Wunder daher, daß sich reisende Kollegen nicht nach diesem Elend absehen und dieses Gebiet links liegen lassen. Deshalb, Kollegen, muß es Euer Bestreben sein, dahin zu wirken, um womöglich günstige Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erzielen. Ein jeder muß sich befeßigen, die noch in der Finsternis wandelnden Kollegen aufzuklären, es ist Pflicht eines jeden einzelnen, ungehindert aus Wert zu gehen. Sind doch die Bruchstücke die billigsten Begehrten der Unternehmer, weil selbige dort die Arbeit für einen Schandpreis hergestellt erhalten, während die Kollegen in den Städten darunter leiden müssen. Die Bekämpfung der Kollegen unter sich selbst muß verschwinden und alle bereint nur einem Ziele zustreben. Zu welcher Kategorie besondere Elemente gehören, die die um Recht und Wahrheit Kämpfenden der Behörde gegenüber verdächtigen und sich dadurch der Öffentlichkeit gegenüber erhöhen wollen, verdient ja hier nicht weiter erörtert zu werden. Kürzlich haben solche — Kollegen ja ihren Standpunkt der Öffentlichkeit preisgegeben. Es bleibt sich ja gleich, unter wessen Obhut man sich in bezug auf die Ausbeutung durch das Unternehmertum, welches in der Ausplünderung der Arbeiterschaft keine Grenzen kennt. Jene machen gemeinsame Sache, die aber den Kollegen vollständig abgeht zur Wahrung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen. Daß die Agitation und Aufklärung hierin Wandel schafft, beweisen diejenige Gewerkschaften, die schon über eine stattliche Anzahl Berufskollegen verfügen können. Durch derartige von Agitation und Selbstüberzeugung gebildete Gewerkschaften ist eine bessere Durchführung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich. Ein jeder muß eintreten in gewerkschaftlicher Hinsicht für Freiheit, Bildung und Wohlstand gegen das Unternehmertum, welches die Bildungsbestrebungen und jede Freiheit unterdrückt. Dies Zeitalter der Barbarei und des Massenmordes würde dann bald hinter uns liegen und wir könnten stolz sein, ein Zeitalter errungen zu haben, auf welches das Menschentum ein Recht hat.

R-d.

## Wohin gehören die christlich organisierten Steinarbeiter?

Am Ostermontag tagte in Frankfurt a. M. eine christliche Gewerkschaftskonferenz. Beschied war sie von Vertretern der Vorstände der Bergarbeiter, Hilfsarbeiter und Bauhandwerker, sowie von zehn Vertrauensleuten der Steinarbeiter aus den

drei Verbänden; vom Vorstand des Gesamtverbandes war dessen Generalsekretär zugegen. In der Christlichen Baugewerkschaft lesen wir folgenden Bericht: Seither waren Steinarbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zerstreut organisiert, und zwar gehörten dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zirka 3000 (?), dem Verbands der Bauhandwerker etwa 900 und dem Hilfs- und Transportarbeiterverband rund 700 in der Steinindustrie beschäftigte Arbeiter als Mitglieder an. Infolge dieser Zersplitterung wurde von keiner Seite die Agitation unter den Steinarbeitern systematisch betrieben. Die Konferenz hatte sich daher mit der Frage zu beschäftigen, ob ein besonderer Steinarbeiterverband zu gründen sich empfiehlt, oder aber der Anschluß der Steinarbeiter an einen bereits bestehenden Verband zweckmäßiger sei. Für die Gründung eines besonderen Steinarbeiterverbandes war nicht sehr viele Stimmung vorhanden. Die Bergarbeiter machten geltend, daß die bei ihnen organisierten Steinarbeiter größtenteils mit den Bergarbeitern gemeinschaftlichen Knappschaftsvereinen angehören, daher eine Trennung kaum möglich sei. Im Osnabrücker Revier und im Sauerland sei zudem ein Teil der Arbeiter zeitweise im Bergbau und in Steinbrüchen beschäftigt. Von den 3000 bis jetzt den Bergarbeitern angehörenden Steinarbeitern kämen daher nur wenige für die Gründung eines neuen Steinarbeiterverbandes in Betracht. Die Vertreter der Bauhandwerker und Hilfsarbeiter erklärten, daß bei Gründung eines besonderen Verbandes sie ihre Steinarbeitermitglieder an diesen abzutreten geneigt seien. Der weitere Verlauf der Diskussion ergab, daß ein neuer Steinarbeiterverband mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde. Die Steinindustrie sei zum großen Teile der Mittel- und Großindustrie zuzuzählen. Die betreffenden Unternehmer sind schon heute zahlreich organisiert und inbegriffen, die Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter liegen in vielen Gebieten noch sehr daneben, so daß in den nächsten Jahren größere Kämpfe sehr wahrscheinlich sind. Diese Perspektive laßt nicht zur Gründung eines besonderen Verbandes ein, gebiete vielmehr den Anschluß an einen bereits erstarkten Verband. Die Konferenz einigte sich daher einstimmig auf folgende Resolution: „Die in Frankfurt a. M. am 16. April versammelten Vertreter der Vorstände der Verbände der Bergarbeiter, Hilfsarbeiter und Bauhandwerker, sowie die Vertrauensleute der Steinarbeiter aus den drei bezeichneten Verbänden, sprechen sich bezüglich der Organisation der Steinarbeiter wie folgt aus: Es ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, daß die Steinarbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zerstreut organisiert werden. Dadurch widmet sich unter den christlichen Organisationen kein Verband systematisch der Agitation unter den betreffenden Arbeitern, in der Befürchtung, daß über kurz oder lang ihnen die Früchte dieser Agitation durch Gründung eines besonderen Verbandes entzogen werden. Die Konferenz gelangt nach eingehender Diskussion zu der Ueberzeugung, daß künftighin eine größere Einheitlichkeit in der Agitation unter den Steinarbeitern Platz greifen müsse. Sie hält jedoch die Gründung eines besonderen Verbandes der Steinarbeiter nicht für ratsam, ist dagegen der Auffassung, daß die Interessen derselben am erfolgreichsten durch den Anschluß an einen bereits bestehenden Verband vertreten werden können. Als solcher wurde der Verband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter (Sitz Berlin) infolge seiner Berufsverwandtschaft mit den Steinarbeitern für am zweckmäßigsten erachtet. Die Vertreter des Bauhandwerkerverbandes erklärten, bei ihrer nächsten Generalversammlung für Aenderung des Titels, etwa in Verband christlicher Bau- und Steinarbeiter einzutreten. Die Konferenz richtet an den Vorstand des Bauhandwerkerverbandes das Ersuchen, in den Bezirken der Steinindustrie eine energische Agitation zu entfalten. Die Verbände, denen Steinarbeiter als Mitglieder angehören, werden ersucht, dieselben, soweit nicht besondere Verhältnisse entgegenstehen (gemeinschaftliche Knappschaftsvereine mit den Bergarbeitern usw.), tunlichst dem Bauhandwerkerverbande zuzuführen und insbesondere bei ihrer künftigen Agitation auf die Ergebnisse der heutigen Konferenz Rücksicht zu nehmen.“

Von nun an, so schreibt die christliche Baugewerkschaft, gehören die organisierten christlichen Steinarbeiter dem Verbande christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter an.

Diese Organisation hat ihren Sitz im — roten Berlin. Nun, was sagt der ehemalige Steinmeister, Herr Braun in München, wenn ihm die paar Münchner Verbandsmitglieder von seinen allerdings nicht zu starken Schultern auch noch abgenommen werden? Daß die Christlichen nicht das geringste Geschick haben, die Steinarbeiter zu organisieren, haben sie längst bewiesen. Seit Jahren allerdings betrachteten es die christlichen Agitatoren in den in Frage kommenden Verbänden als eine Notwendigkeit, uns in der dümmsten Weise zu bekämpfen, anstatt den Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen. Den Preis ihrer widerlichen Agitationsweise heimsen die Führer jetzt ein, denn als Resultat ergibt sich ihre ganze Unbeholfenheit; sie haben kein Geschick, die Steinarbeiter zu organisieren. Schimpfen, lügen, den „Deutschen Steinarbeiterverband und dessen Führer“ herunterzureißen, war etlichen Agitatoren die Hauptaufgabe, und in Ermangelung ihres theoretischen Wissens haben wir bei den christlichen Maulaufreißern so manches unbeachtet gelassen.

Ob die paar hundert christlichen Steinarbeiter dem Hilfsarbeiterverband (Sitz München) oder der neuen Berliner Leitung angeschlossen sind, kann uns völlig gleichgültig sein; für uns kommen diese paar Mannedens ernstlich gar nicht in Frage. Zu bedauern sind nur die organisierten christlichen Steinarbeiter selbst, die nirgends eine richtige „Interessenvertretung“ finden. Im Maingebiet ist ein Teil derselben zu unserm Verbande übergetreten, wohl einsehend, daß ihnen mit dem christlichen Lager nicht im geringsten gedient ist.

Was eine richtige Agitation zu leisten vermag, zeigt uns das Mantal. Es wurde dort, zum Leidwesen der Herren Braun, Oswald und Striginger, Zahlstelle von Zahlstelle errichtet, und je mehr im Blatte des Herrn Liberius Gerstenberger auf uns gemetert wurde, desto mehr gewannen wir an Mitgliedern.

Wir sind gespannt, ob uns die Berliner christliche Baugewerkschaft auch mit den abernen Märschen bekämpft wie die Münchner Gewerkschaftstimme.

### Bekanntmachungen des Zentralverbandes.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei allen Anträgen auf Gewährung von Rechtschutz, Umlagekosten usw. die Bücher der betreffenden Mitglieder mit einzusenden. Wo dieses nicht erfolgt, werden die Anträge nicht berücksichtigt. Des ferneren müssen diese Anträge von den Kollegen der Ortsverwaltung unterschrieben sein.

Auf eine bessere Beachtung des Posttarifs ist schon wiederholt verwiesen. Das Strapporto für ungenügend frankierte Sendungen mehrt sich in erschreckender Weise. Die Annahme wird künftigt verweigert. Die Verzögerungen, welche dadurch entstehen, haben die Betroffenen sich dann selber zuzuschreiben.

Wir ersuchen alle Ortskassierer, und namentlich die der neueren Zahlstellen, bei Geldsendungen stets mit anzugeben, wofür der Betrag verrechnet werden soll. Soviel Platz ist auf jeder Postanweisung. Bei Unterlassung dieser kleinen Mühe erleidet die regelrechte Abwicklung der Geschäfte eine bedeutende Verzögerung und erfordert noch Extraausgaben für Porto. Wir werden in Zukunft alle Bestellungen, die bei Einsendung von Geldbeträgen ohne Bestimmung mit gemacht

werden, so lange unberücksichtigt lassen, bis dieses nachgeholt ist.

In Nr. 13 des Steinarbeiters dieses Jahres befindet sich unter Bekanntmachung der Vertrauensleute folgende Notiz: Dortmund. Laut Versammlungsbeschlusse vom 4. März wurde der Kollege Fleck wegen groben Vergehens gegen die Interessen des Verbandes ausgeschlossen. — Nach den vorliegenden Angaben seitens der in Betracht kommenden Faktoren ist der Kollege Fleck nach wie vor als Mitglied zu betrachten. Die Zahlstelle kann nicht einseitig den Ausschluß aus dem Verbands vollziehen. Der Zentralvorstand.

### Aufforderung zur allgemeinen Bewerbung.

Um eine starke Ausbreitung unseres Verbandes zu fördern, hat der Verbandstag in Nürnberg beschlossen, unbedingt fünf besoldete Gauleiter anzustellen. Mit besoldeten Gauleitern werden folgende Gaue berücksichtigt: Der 3. mit dem Vorort Dresden, der 6. mit dem Vorort Hannover, der 8. mit dem Vorort Köln, der 10. mit dem Vorort Mannheim, und der 11. mit dem Vorort Straßburg. Ebenfalls wird, nachdem die Krankenunterstützung beschlossen wurde, im Zentralbureau sofort noch ein Sekretär angestellt. Wir schreiben sämtliche Stellen zur allgemeinen Bewerbung aus und erwarten, daß sich die fähigen Kollegen zahlreich an derselben beteiligen. Die Reflektanten auf einen der Gauleiterposten haben an den Zentralvorstand ein Bewerbungsschreiben einzusenden über das Thema: Die Aufgaben eines Gauleiters. Die Bewerber zu diesem Posten müssen in erster Linie rednerisch befähigt sein, um agitatorisch wirken zu können; desgleichen Gewandtheit im schriftlichen Verkehr besitzen, sowie auf dem Gebiete der Gewerbeordnung, der gesamten Sozialpolitik und des Vereinsrechts eingehend informiert sein.

Von den Bewerbern wird weiter verlangt, daß sie mit den verwaltungstechnischen Einrichtungen unseres Verbandes genauestens vertraut sind, um in den Zahlstellen Bücher und Belege auch richtig kontrollieren zu können. Daß ein Gauleiter ferner von unserem sehr komplizierten Tarifwesen genaue Kenntnis haben muß, ist eine selbstverständliche Vorbedingung.

Bei der Bewerbung kann eventuell der Wunsch ausgedrückt werden, welchen Gaubezirk der Anzustellende verwalten will. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Vorstand diesem Wunsche unter allen Umständen nachkommen kann. Das Gehalt der Gauleiter beträgt 1800 Mk., das des Sekretärs 2000 Mk. Die Gauleiter erhalten weiter pro Jahr 100 Mk. Wohnungszuschuß. Diejenigen Kollegen, die sich vor dieser Ausschreibung schon um einen der Posten meldeten, haben ihre Bewerbung zu wiederholen und die gestellten Themas zu bearbeiten. Die Anstellungen sollen, wenn irgend möglich, am 1. Juni vollzogen werden können. Die entstandenen Umzugskosten werden gewährt.

Reflektanten auf den Sekretärposten haben ebenfalls ein Bewerbungsschreiben einzureichen. Thema: Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Die Bewerber müssen im schriftlichen Verkehr gewandt und mit den vier Disziplinen des bürgerlichen Rechnens sehr vertraut sein. Kenntnis in der einfachen Buchführung ist wünschenswert, doch nicht unbedingt erforderlich. Der Sekretär hat auch den Versand des Markenmaterials usw. zu besorgen.

Sämtliche Bewerbungsschreiben sind bis zum 19. Mai an den Zentralvorstand einzureichen und sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ kenntlich zu machen. Das Verbandsbuch ist ebenfalls beizulegen. Ueber die Wahl unter den Bewerbern entscheidet der Vorstand.

S. A.: Paul Starke.

### Korrespondenzen.

Alsenz. Da die am 30. April seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Herrn Bezirksamtmann Bär aus Rodenhäusen vollständig scheiterten, so dauert der Streit ununterbrochen fort. Die Verhandlungen waren folgender Art: Am 26. April war der Zentralvorstand Starke-Leipzig anwesend. Er suchte auf glückliche Wege Verhandlungen anzubahnen durch das Bürgermeisteramt resp. durch das Bezirksamt Rodenhäusen. Am selbigen Tage war auch Herr Bezirksassessor Lederle in Alsenz anwesend. Wir setzten uns sofort mit demselben ins Benehmen, und es wurde uns bedeutet, daß Starke und zwei Mann von der Lohnkommission noch am selbigen Tage abends um 6 Uhr auf das Bürgermeisteramt kommen sollen. Dort angelangt, wurde uns mitgeteilt, daß, wenn alle aus dem Verband austreten würden, könnten wir wieder anfangen, und zwar unter den alten Bedingungen. Nun, auf solche Vorschläge ließen wir uns nicht ein. Es erging dann eine Einladung seitens des Bezirksamts Rodenhäusen an sämtliche Unternehmer und an die Lohnkommission, auf Montag, 30. April, auf das Bürgermeisteramt Alsenz. Anwesend waren sämtliche Unternehmer, mit Ausnahme des Herrn Peter Wohler und Bezirksamtmann Bär aus Rodenhäusen. Auch die Lohnkommission der Arbeiter war vollständig vertreten, ebenso war Kollege Starke anwesend. Die Verhandlungen wurden getrennt geführt. Zuerst wurden Verhandlungen geführt mit den Arbeitern. Herr Bezirksamtmann Bär fragte die Lohnkommission und Starke, ob sie noch auf ihren Forderungen vom 22. Februar bestanden, nämlich Stundenlohn von 50, 56 und 60 Pfg. Wir erklärten ihm gegenüber, daß wir von dem direkten Stundenlohn Abstand nehmen und den Kaiserlauterer Vertrag, Afford mit garantiertem Stundenlohn annehmen wollen, welchen ja der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Pfalz unter Vorsitz des Herrn Heil aus Kaiserlautern ausgearbeitet habe. Dann wurden die Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt. Diese erklärten uns durch den Herrn Bezirksamtmann Bär, daß sie keine Arbeit hätten und auf gar nichts eingehen, sie könnten ja ruhig der Sache entgegensehen. Zentralvorstand Starke erklärte nun in der heutigen Versammlung, die Kollegen sollten ruhig aushalten und soweit es denselben möglich ist, auswärts in Arbeit treten; unser Verband wird alles daransetzen, um diesen Lohnstarif hier durchzuführen. Mögen die Herren Unternehmer sich auf das hohe Ross setzen, wie sie wollen, die Kollegen sollten nur Schulter an Schulter weiter kämpfen, an Unterstützung seitens der Zentralkasse und der Kollegen ganz Deutschlands wird es nie mangeln. Dann werden die Unternehmer schon die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, die Motivierung, sie wollten unsere Zentralkasse sprengen, ist ja zum Lachen.

Alsenz. Der Streik der Steinarbeiter von Alsenz dauert ununterbrochen fort. Die Phrase von den unzufriedenen Steinarbeitern von Alsenz wird von den Unternehmern noch immer in die Welt posaunt. Am 22. April kam ein Bauunternehmer von Düsseldorf nach Alsenz. Wir wurden gewahrt, daß er 130 Mark für den Kubikmeter Haufstein bezahlte. Am 24. April war der betreffende Herr wieder hier. In dieser kurzen Zeit war er schon anders befehrt. Da sagte er: Wir hätten einen Durch-

schnittslohn von 4 Mk. pro Tag, da brauchten wir doch nicht zu streiken; er bezahle nur 100 Mk. pro Kubikmeter. Das ist aber nicht zutreffend, denn laut Statistik beträgt der Durchschnittslohn am hiesigen Platze nur 2.99 Mk. pro Tag. Hierbei ist aber noch zu bemerken, daß die geringen Arbeiter ihre Statistiken gar nicht abgeliefert haben. Mithin würde sich ein Durchschnittslohn von 2.50 bis 2.70 Mk. ergeben. Gingen ist der Durchschnittslohn der Kollegen, welche auswärts gearbeitet haben, ein weit besserer. Derselbe beträgt durchschnittlich 5 Mk. pro Tag. Hier kann man sehen, wie sich alles gegen den Arbeiter menbet, da sie nur einige Monate 4 Mk. pro Tag haben. Gätten die Unternehmer die übrigen Steinarbeiter nach ihrer Leistungsfähigkeit entlohnt und ihnen die Arbeit so bezahlt, wie diesen Streikbrecherelementen, dann wären wir sicher über unsern eingereichten Lohnstarif um 20 Prozent höher gestiegen und wir glauben, daß in Alsenz nie ein Streik ausgebrochen wäre. Unserm Kollegen Kraft aus Mannheim brauchen sie die Schuld nicht zu geben, daß dieser uns verheßt hätte. Nur sich allein haben sie die Schuld zuzuschreiben. Wir eruchen unsere Kollegen, welche auswärts in Arbeit stehen, auszuhalten, bis sich der Sieg an unsere Fahne heftet. Nur durch einmütiges Zusammenhalten ist es uns möglich, unsere Forderung durchzubringen.

Berlin I. In dem Versammlungsbericht der Nr. 17 des Steinarbeiters ist dem Berichterstatter bedauerlicherweise ein grober Fehler unterlaufen. Der Schluppassus betreffs der Lohnbewegung muß heißen: Da die große Mehrzahl der Nichtmünchener Geschäfte sowie der Grabsteingeschäfte unsere Forderungen unterschriftlich anerkannt haben, muß es unsere Aufgabe sein, in den übrigen Geschäften die Forderungen des Verbandes mit allen Mitteln durchzubringen.

Bremen I. Am 24. April hielten die Steinarbeiter ihre Monatsversammlung ab, welche recht gut besucht war. Nach Bekanntgabe der Quartalsabrechnung, welche von dem Kassierer geprüft und für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Einstellungsweise kam wieder mal zur Sprache, wobei scharf kritisiert wurde, daß die Firma Schmidt u. Schäfer, welche Arbeitskräfte benötigte, einen Kollegen aus Osnabrück abwarf, weil derselbe sich erdreistete, bei der Firma Steinhauer in genannten Orte zu streiken. Kollegen, hier könnt Ihr wieder mal die Humanität sehen, die bei jeder Gelegenheit herausgehört wird. In Osnabrück zieht die Firma Steinhauer ca. 15 Prozent von dem schon 16 Jahre bestehenden Tarif ab und die Firma von der Düsterstraße erklärt sich solidarisch. Nun, die Steinmechen von Bremen sowie auch die reisenden Kollegen haben sich schon lange solidarisch erklärt und werden dafür sorgen, daß die Poliere nicht weiter belästigt werden von um Arbeit fragenden Kollegen. Hier sehen die Steinmechwerkplätze gewiß keinem regelrechten Steinmechplatz ähnlich, aber der Platz der Firma in Osnabrück ist denn doch noch schlechter. Dort braucht keiner in den Garz zu gehen, um Berge zu steigen, denn auf dem Steinmechplatz bei Steinhauer kann sich jeder als Tourist fühlen. Zum Schluß wurde noch eine Kommission gewählt, die die Verfechtung der beiden hier am Ort bestehenden Sektionen regeln soll.

Brudmühl. Hier fand am 22. April in Thurmeiers Gasthaus eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent erschien Gauleiter Link aus München. Punkt 1: Bericht vom Verbandstage. Weiter streifte Kollege Link die Verteuerung der Lebensmittel und die indirekten Steuern. Redner legte den Kollegen in längerer Auseinandersetzung klar, welche Einwirkung die Lebensmittelverteuerung auf die deutsche Arbeiterschaft macht, und kam zum Schluß seiner Ausführungen dahin, daß auch nun in Brudmühl den Arbeitern die Augen geöffnet wurden. So hatten dieselben dem Arbeitgeber eine kleine Lohnforderung unterbreitet, welche jedoch vom Arbeitgeber teilweise nicht anerkannt wurde, indem er mit Schleifern nicht unterhandeln ließ; daher reichten sämtliche organisierten Arbeiter, 44 Mann, ihre Kündigung ein. Gauleiter Link bezeichnete die Stundenlöhne von 35 Pfg. für Steinmechen und 25 bis 35 Pfg. für Schleifer als sehr niedrig. Zum Schluß führte Redner aus, nicht Geld allein kann den Kollegen zu ihrem Siege verhelfen, wenn nicht unter diesen Einigkeit herrscht. Großer Beifall folgte dem Referenten am Schluß seiner Rede. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Kollegen erklären sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Insbesondere begrüßen sie die Anstellung von besoldeten Gauleitern. Sie drücken den Wunsch aus, daß auch bald für Oberbayern eine unabhängige Kraft angestellt werde, damit auch hier zur Weiterentwicklung der Organisation das nötige getan werden kann. Auch erklären sich die Kollegen mit der Einführung der Krankenunterstützung einverstanden und geben sich der Hoffnung hin, daß auch dadurch die Organisation gestärkt wird. Die Kollegen verpflichten sich, fernerhin keine Mittel zu scheuen und die Opfer, welche für diese Durchführung notwendig sind, aufzubringen.

Dortmund. Am 29. April fand im Steinmannschen Lokale eine Mitgliederversammlung der Steinarbeiter statt. Zu Punkt: Lohnbewegung, wurden die Antworten der Unternehmer auf unsere Tarifforderung verlesen, ebenso zwei Schreiben der Zentralkasse. Es wurde zunächst bekannt gegeben, daß von den 13 hier ansässigen Meistern nur einer den Tarif unterzeichnet und alles bewilligt hat. Der Firma Bumann ist die Kommission nicht maßgebend genug, sondern sie wünscht mit künstlerisch veranlagten Kollegen zu unterhandeln. Ferner wurde beschlossen, in den Streik zu treten, was geschah. Es wurde seitens einiger Kollegen betont, daß die Herren Unternehmer in einer Unternehmerversammlung (wahrscheinlich auf Veranlassung des Herrn Reifner) beschlossen haben, sich nicht zu einer Einigung mit unserer Lohnkommission einzulassen, sondern es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Ferner wurde betont, daß es kein Zurück der Steinarbeiter mehr gäbe, sondern daß der Kampf ehrlich aufzunehmen sei, jedoch sollen die verschleierten Kündigungsfrist eingehalten werden. Der Zustand wurde mit 52 gegen 6 Stimmen beschlossen und der 1. Mai als Termin der Arbeitsniederlegung einstimmig angenommen. Nach der Wahl des Streikbureaus wurde seitens mehrerer Kollegen zur Ruhe und Ordnung in unserm Lohnkampfe angeraten. Mit einer regen Diskussion wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Dresden. In der am 24. April abgehaltenen Versammlung schilderte zunächst Seidel die größten Mängel und Widersprüche unseres Tarifs. Durch eine Urabstimmung ist zu entscheiden, ob der Tarif zu kündigen ist. Der Lohnrückgang des Tarifs im letzten Jahrzehnt mag die Schuld sein, daß die Versammlung in Erregung war und einige Redner die sofortige Kündigung auszusprechen verlangten; die Versammlung tagte teils während der Arbeitszeit. Hierauf erstattet Seidel Bericht über den Verbandstag; in der Diskussion waren mehrere Redner gegen einige Beschlüsse, jedoch wurde durch Annahme einer Resolution das Einverständnis mit den Beschlüssen des Verbandstages bekundet.

Kassel. Freitag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, fand eine Versammlung der in den Grabsteingeschäften beschäftigten Stein- und Schrifthauer, Warmor- und Hilfsarbeiter statt. Die Versammlung war von 40 Personen besucht. Beschäftigt werden im ganzen 56. Von seiten der Lohnkommission gab Kollege Schaub Bericht über den Verlauf der Bewegung. Nachdem Kollege Wegener den Bericht der Lohnkommission. Am Donnerstagabend fand eine Innungsversammlung stattgefunden, wo nur zwei Grabsteingeschäftsinhaber zugegen waren. Der Vorsitzende verwies die Lohnkommission an den Gesellenausschuß, der zurzeit aus lauter Holzbildhauern und dem Wermeister des Obermeisters besteht. Wegener erklärte in dieser Versammlung, daß der Gesellenausschuß nicht das Vertrauen der Gesellen besitzt. Wenn es der Innung um eine Regelung zu tun ist, so soll sie mit der Lohnkommission verhandeln. Der am

**Montag gefasste Beschlüsse:** Nur mit der Zustimmung zu verhandeln, wurde durch eingehende Begründung durch Wegener aufgehoben und der Kommission aufgegeben, mit den Meistern einzeln zu verhandeln. Weitere Schritte in der Angelegenheit bleiben der Kommission überlassen. Zum Schluss wurde bekannt gemacht, daß von der Firma C. Gruber, Holländische Straße, aus Anlaß des Beschlusses der Verammlung fünf Mann entlassen wurden.

**Mittweida.** Die am 22. April abgehaltene, gutbesuchte Mitgliederversammlung befaßte sich mit den Beschlüssen des Verbandstages in Nürnberg. Kollege Herfurth referierte. Sein Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Auf Anregung eines Kollegen wurde der Bibliothek der Wert Die Hohenzollernlegende geschenkt und gleichzeitig darauf hingewiesen, die Bibliothek mehr zu unterstützen. Zum Schluss brachte Kollege Herfurth noch einen Antrag ein, in dem er die Kollegen aufforderte, mehr als bisher Agitation zu betreiben und zur nächsten Werbersdorfer Steinarbeiterversammlung eine Hausagitation zu veranstalten.

**Schöna.** Am 22. April fand in Jonsdorf eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage; 2. Sozialdemokratie und Gewerkschaft. Zum ersten Punkt erörterte uns der Vertrauensmann Kollege Max Berger aus Pirna sehr eingehend den Verlauf des Verbandstages und es mußte zugegeben werden, daß unser Verband durch die neuen Einrichtungen nur eine Stärkung erfahren wird. Zum zweiten Punkt ergriff Genosse Reizner aus Bodenbach das Wort und führte verschiedene Beispiele an, aus denen zu ersehen war, daß die Sozialdemokratie mit der Gewerkschaft in vielen Fällen Hand in Hand gehen muß, denn eine Gewerkschaft ohne Sozialdemokratie bedeutet soviel als ein Messer ohne Heft und ohne Klinge.

## Rundschau.

**Von der Deutschen Steinindustrie A.-G.** Vorgenannte Firma hat in Berlin ihren Sitz und Filialbetriebe in Reichenbach, Bensheim und Heppenheim, sämtliche drei Orte liegen im Odenwald. In der Leitung des Geschäftes scheint es zu einer Palastrevolution gekommen zu sein, wie aus nachfolgenden Zeilen ersichtlich sein wird. Wie wir dem Deutschen Steinbildhauer (Unternehmerzeitung) entnehmen, ist Herr **Sergenhahn** aus dem Vorstand der A.-G. ausgeschieden. Weiter meldet eine Depesche an die Hamburger Börsenhalle unterm 24. April folgendes: „In einer gestern abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Steinindustrie A.-G. wurde plötzlich der Direktor W. wegen unregelmäßiger Geschäftsführung sowie leichtsinniger Wirtschaft entlassen. Mit ihm wurden auch der Prokurist R. sowie zwei Buchhalter sofort entlassen.“ — Wir stehen mit der Deutschen Steinindustrie A.-G. schon seit vier Monaten bald da, bald dort in Lohnbewegung, hoffen wir, daß die neue Leitung bemüht ist, die bestehenden Differenzen aus der Welt zu schaffen.

**Brandlage.** Der Granitsteinbruch am Wurmberge ist wieder eröffnet worden. Der Bruch gehört dem Staat, Pächterin ist die Firma Bachstein in Berlin.

**Submissionsblüte.** Mit den albernsten Redensarten wird jede bescheidene Lohnforderung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber bekämpft und der drohende Ruin des Gewerbes in nahe Aussicht gestellt, wer aber zu letzterem am meisten beiträgt, das sind die Herren Meister selbst, und ein Vorkommnis der letzten Zeit liefert hierzu wieder den besten Beweis. Wurden da in München acht Schreinermeister zur Offertabgabe in beschränkter Submission für Herstellung eines reichen gotischen Plafonds zum Bürgermeisterzimmer im neuen Rathaus eingeladen, und das Ergebnis? — Meister R. erbot sich, diesen Plafond um 7500 Mark zu fertigen, während R. und Sch. hierfür 14 507 Mk. verlangten, das ist eine Preisdifferenz von rund 100 Proz. Sechs Offerten bewegten sich in der Höhe von 10 000 Mk. und darüber, nur zwei davon waren bedeutend darunter. Der Plafond mißt 73 Quadratmeter, es kommt der Quadratmeter daher auf 102 Mk. zu stehen bei R., während R. u. Sch. hierfür 200 Mk. berechneten; dabei handelt es sich um einen äußerst reich gegliederten, aus tadellosem Eichenholz geschnitzten Rassettenplafond mit äußerst komplizierter Kröpferei. Und dies bei einer beschränkten Submission von acht ausgesuchten Schreinerereien!!

Solche Submissionsblüten sind einfach unerhört zu nennen, haben denn die Herren Meister gar nicht rechnen gelernt? Kollegen, merkt euch solche Submissionsblüten.

**Elektrische Gesteinsbohrmaschinen.** Eine der wichtigsten Vorrichtungen im Bergbau ist das Anbohren des Gesteins, wie es zum Einlegen der Sprengpatronen oder auch zu andern Zwecken nötig ist. Deshalb lag der Gedanke nahe, diese Arbeit maschinell auszuführen. Es ist aber erst vor einiger Zeit gelungen, wirklich praktische Bohrmaschinen für diese Zwecke zu finden, weil sie vielen Anforderungen genügen müssen. Zunächst muß eine solche Bohrmaschine so eingerichtet werden, daß sie leicht zu transportieren, schnell und einfach aufzustellen ist; weiter darf ihre Handhabung nicht zu kompliziert sein, ebenso muß sie der Härte des Gesteins entsprechend hohe Arbeitskraft entwickeln können, darf durch Staub und Schmutz nicht beeinflusst werden und ähnliches mehr. Da ferner die Größe und Richtung der zu bohrenden Löcher verschieden ist, muß es die Maschine erlauben, den Bohrer an jeder beliebigen Stelle ansetzen zu können. Sonst benutzte man zu diesem Zweck meist Maschinen, die durch Preßluft angetrieben wurden, aber seit mehreren Jahren schon suchte man auch hierfür die Elektrizität nutzbar zu machen. Die Preßluftmaschine hat den Vorteil, daß ihr während der Arbeit frische Luft entströmt, wobei sich gleichzeitig die betreffenden Teile abkühlen; demgegenüber steht der Nachteil der nicht so einfachen Rohrleitungen für die Preßluft. Die Elektrizität dagegen erfordert nur Drahtleitungen, die ein fast unbeschränktes Santieren mit der Maschinerie gestatten. Diejenigen Konstruktionen, die am meisten Eingang in der Praxis gefunden haben, basieren auf dem Prinzip der Trennung des angetriebenen Werkzeugs vom elektrischen Motor. Dieser wird in einem besonderen, zum Tragen eingerichteten eisernen Kasten untergebracht, der von allen Seiten luft- und wasserdicht verschlossen ist. Dadurch erreicht man, daß die bei der Arbeit des Elektromotors zwar unvermeidlichen, aber im Bergbau wegen der leicht entzündlichen Gase sehr gefährlichen Funken von der äußeren Umgebung isoliert sind. Aus dem Kasten ragt auf der einen Seite nur die Achse hervor, die das Werkzeug betätigt. Von den eigentlichen Bohrmaschinen unterscheidet man zwei Arten, die Stoß- und Drehbohrmaschinen, von denen je nach den Verhältnissen die eine oder die andre bevorzugt wird. Die kompliziertere von beiden ist die Stoßbohrmaschine, deren Wirkungsweise kurz folgende ist: In einem metallenen

Gehäuse gleitet ein Rahmen auf und ab, in dem zwei sehr starke, gegeneinander gespannte Spiralfedern einen Kolben halten. Durch das Gehäuse führt seitlich eine kurze Achse mit einer Kurbel auf der inneren und einem kleinen Schwungrad auf der äußeren Seite. Die Kurbel dient dazu, bei ihrer Rotation den Rahmen schnell hin und her zu bewegen und dadurch auch an den Kolben elastische Stöße zu übermitteln, die dieser an den spitzen Bohrer am Ende weitergibt. Da die Kurbelwelle, die ihre Kraft vom Elektromotor empfängt, in der Minute vierhundert Umdrehungen vollführt, so züngelt auch der Bohrer mit dieser Schnelligkeit gegen die Wand, in die er eindringen soll und stößt ein seiner Stärke entsprechendes Loch hinein. Zur Befestigung der Bohrmaschine wird eine starke Eisenstange fest gegen die Decke und den Fußboden des Ganges geklemmt, an diese dann die Maschine angeschraubt. Die andern, die Drehbohrmaschinen, tragen einen langen Spiralbohrer, der ähnlich wie bei einer Metallbohrmaschine sich durch seine Rotation in das Gestein eingräbt. Zur Übertragung der Bewegung von der Achse des Elektromotors auf das Getriebe der Bohrmaschine wendet man biegsame Wellen an, ohne die eine bequeme Dirigierung der ganzen Anlage unmöglich wäre. Die biegsamen Wellen bestehen aus einem elastischen Kern von der nötigen Länge; auf diesen sind ineinandergreifende Metallringe gereiht, von denen immer einer die drehende Kraft den andern weitergibt. Das Ganze ist zweckmäßig umfleidet, damit man ohne Gefahr damit manipulieren kann.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Bremen I.** Die arbeitssuchenden Kollegen haben sich erst in der Herberge, Kleine Helle 40, zu melden.

**Greifswald.** Dem Steinmetz Wilhelm Andres, geb. am 9. Mai 1887 zu Biel a. Rügen, ist kein neues Buch auszustellen, da sein Buch hier liegt. Sollte derselbe in Arbeit stehen, so eruche ich die Vertrauensleute um Angabe seiner Adresse.  
Ernst Baumann, Kassierer, Kuhstraße 49.

## Adressen-Änderungen.

(Bei der Einsendung von Adressenänderungen müssen wir dringend um deutliche Schrift bitten.)  
**Radolfzell.** Vorsitzender: Johann Hauser, Böhringer Str. 3. Kassierer: Wilhelm Hategg, Böhringer Str. 3.  
**Dorffproleten.** Vorsitzender: Vinus Umscheld. Kassierer: August Siebalksi.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 23. bis mit 28. April 1906.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erlösmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbtischen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)  
Zeil, B. 56.—; Zwickau, B. 26.14 E. 0.50, D. 0.25; Wehlar, E. 5.50, D. 7.50; Schmittheim, B. 13.72, E. 0.50; Rosen, B. 56.—; Oppach, B. 280.—, E. 2.50, Ers. 0.25, D. 0.25, Z. 5.—; Marburg, B. 15.20, E. 1.—, D. 1.75; Wittenberg, B. 18.20, E. 1.50; Jena, B. 57.60, Streifenunterstützung zurück 21.—; Hannover, B. 128.—, E. 5.—; Gerolzhofen, B. 12.—; Brenzlau, B. 4.—, D. 0.25, Z. 0.50; Lemgo, B. 6.—; Arnstadt, Ins. 2.—; Altenbagen I, B. 56.—; Alfena, B. 100.80, E. 8.—, D. 0.25, Z. 3.—; Berlin I, B. 320.—, D. 25.—, Z. 50.—; Elberfeld, B. 40.92; Heppenheim, B. 280.—, E. 25.—, D. 12.50; Landau, B. 28.—; München, B. 443.60, E. 4.50, D. 5.—, Z. 14.50; Odenheim, 17.10; Odenhausen, B. 64.—; Regensburg, B. 112.—, Maßregelungsunterstützung zurück 20.—; Sedmauern, B. 55.44, R. 3.—; Weinsberg, B. 28.—, E. 2.50; Würzburg, B. 56.—; Zeulenroda, B. 2.45; Wergentheim, B. 4.45; Heizenburg, B. 4.—; Wildemann, B. 28.—, D. 1.75, Z. 20.—; Straßburg, E. 11.—, D. 15.—, Z. 18.—; Plauen, B. 43.20; Lauenberg, B. 26.32; Klingenstein, B. 12.32, E. 2.50; Kaiserslautern, B. 196.—, E. 7.50; Jbhenbüren, B. 5.20, E. 6.50; Hochspeyer, B. 84.—, E. 5.—, D. 0.25, H. 2.50; Düsseldorf II, B. 72.—; Bruchmühl, B. 140.—, E. 3.—; Anblau, B. 72.—, E. 5.—; Mitleiningen, B. 32.48, E. 12.50, D. 0.25, Z. 1.—; Altenglan, B. 3.36; E. 7.—; Colmar, E. 15.—; Darmstadt, B. 64.—; Faulbach, B. 84.—; Haffersode, B. 160.—; Reichenhausen, B. 56.—; Roth a. Land, B. 2.40, E. 3.—; Ertler, B. 41.60, D. 0.75, Z. 1.—; Futterate 3.20; Wilsdorf, B. 4.35; Spandau, B. 3.55; Rütten, B. 9.20, E. 4.50; Leipzig, B. 320.—, D. 7.75, Z. 40.—, H. 2.50; Stadtilm (Schmidt), Ab. 2.70; Potsdam, B. 64.—; Meissen I, B. 320.—; Mainz, B. 64.—; Odenbach, B. 44.08, E. 0.50; Zellertfeld, B. 24.—, E. 5.—; Düsseldorf I, B. 96.—; Bernburg, B. 1.05; Hensburg, B. 4.75; Dieffen, B. 4.75.  
Ludwig Geiß, Kassierer.

## Briefkasten.

**Göttingen, R. 1.** Profile auf roten schwedischen Granit können mittels Maschine sehr wohl hergestellt werden, wir haben das selbst schon gesehen. Die Profile werden selbstredend zunächst etwas ausgepigt 2. Auch Platten, 15—20 cm breit, werden mittels Maschine geschliffen und poliert. — **Radolfzell.** Der Bericht war doch zu unbedeutend. — **Straßburg, W.** Wir können doch diesen Artikel über Cure Streifenarbeiten jetzt nicht mehr aufnehmen. — **Söbhu.** Diese angebliche Verächtung wird dem Papierkorb überwiesen. Das erste Schreiben war schon unklar, das zweite noch widerspruchsvoller. — **Greifswald, Rein.** — **Kloster Metten.** Es wird alles in der gründlichsten Weise besorgt werden. Die betreffenden Äußerungen des Herrn Gewerbeinspektors sind streng wahrheitsgemäß schriftlich aufzunehmen und mir zuzusenden. Es wird dann von hier aus das weitere in der gründlichsten Weise veranlaßt. Sonst aber besten Gruß und baldiges Wiedersehen. Hoffentlich stellen die Herren Gegner derweil ihr Konzept fertig, falls es ihnen nicht gründlichst verdorben wird.

Die Expedition der Zeitung konnte erst Freitag besorgt werden. Die Mailerberichte gingen zum Teil erst am Donnerstag ein, wir wollten dieselben aber noch in dieser Nummer publizieren. Das verspätete Eintreffen der Zeitung an die Steinarbeiter-Verbreiter dürfte somit genügend begründet sein.

## Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Nobelbandstahl in vorzüglichster Qualität

## Harte Steinhauerbleistifte

echt Rehbach'sches Fabrikat  
**Steinhauerbesen** mit und ohne Griff, aus bestem Material  
empfehlen zu billigsten Preisen

**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.



**Albert Baumann**  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!

Nächste Bahnstation angeblich

## Steinmetzknüppel Weissbuche Viertelholz

Bekannt gute Qualität  
12 Stück 15—19 cm = 10.— Mark  
12 " 16—21 " = 12.— "

Gelegenheitskauf.  
10 Stück 18—15 cm = 8.50 Mark.

**Walter Lauterwald jr., Eisleben.**

## 10 tüchtige Steinmetzen

sofort gesucht.

**Höhne & Schäfer, Steinmetzmeister**  
Leipzig-Anger  
Verlängerte Bernhardstraße 61/62.

## Tüchtige Handschleifer

für schwedischen Granit und Syenit finden dauernde (Sommer- und Winter hindurch), lohnende Akkordarbeit.

**Westfälische Marmor- u. Granitwerke**  
Georg Dassel, Allagen.

## Noch 2 Granit-Maschinenschleifer

zum sofortigen Eintritt bei hohem Akkord und dauernder Arbeit gesucht. Reiservergütung.

**Arthur Eckart, Granitwerke**  
Königsberg i. Pr., Sandhofmeisterstraße 5/6.

## 20 Steinschläger

für Kopf- und Pfastersteine per sofort bei dauernder und guter Arbeit sowie hohem Akkord gesucht.

**Wilh. Pohland, Waren (Mecklenburg).**

## 15 bis 20 Felsenarbeiter und Bossierer

für harten Sandstein sucht bei dauernder Sommer- und Winterarbeit und hohem Akkord per sofort

**Seeberger Sandsteinwerke**  
Alfred Hossfeld, Wandersleben i. Thür.

## Handschleifer

für dauernde Arbeit sucht

**Emil Hochauf, Bautzen**  
Granitwerke.

Am 16. April starb unser Kollege

### Adam Oechsner

im Alter von 31 Jahren 5 Monaten an Lungenschwindsucht.  
Ehre seinem Andenken!

1.85]

Zahlstelle Bamberg.

Am 18. April starb unser Kollege

### Karl Säger

im Alter von 30 Jahren an der Berufskrankheit.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Kollegen, der in der gewerkschaftlichen wie politischen Bewegung jederzeit seinen Mann gestellt hat.

1.50]

Recht sei ihm die Erde!

Zahlstelle Wenig-Radwitz.

Nach 41 wöchigen schweren Krankenlager verstarb am 24. April unser Kollege

### Gustav Walther

im Alter von 45 Jahren 8 Monaten an der Berufskrankheit.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

1.50]

Die Zahlstelle Zwickau.

Am 26. April starb unser Kollege

### Karl Reinhold Hädrich

im Alter von 37 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.35]

Zahlstelle Dresden.

Am 26. April starb nach langem Krankenlager unser Kollege

### Joseph Maier

aus Klusöb (Niederbayern) im Alter von 31 Jahren an der Berufskrankheit.

1.50]

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Heppenheim.

Am 26. April starb unser lieber Kollege

### Gustav Klingner

aus Dresden im Alter von 37 Jahren 3 Monaten an der Berufskrankheit.

1.35]

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Adm I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Unterstützungseinrichtungen.

Referat des Kollegen Siebold auf dem Verbandstage in Nürnberg \*

II.

Wenn wir unsere Berufsstatistik zur Hand nehmen und die einzelnen Orte durchgehen, dann finden wir, daß die Orte, welche seit Jahren der Organisation angegliedert sind, ja welche die Grundlage für unsere heutige Organisation abgeben, daß diese von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen werden. Ich hatte mir, bevor die Anträge zum Verbandstag eingingen, ausgerechnet, von wo alles Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung eingehen würden. Dieses ist nicht eingetroffen. Ich nehme nun an, daß die von der Arbeitslosigkeit so hart betroffenen Kollegen ebenfalls auf Grund unserer Statistik eingesehen haben, daß vorläufig auf die Einführung dieser Einrichtung nicht zu hoffen ist. Ist meine Annahme richtig, dann ist die Erkenntnis der einzelnen Zahlstellen erfreulich. Der Zentralvorstand in seiner Gesamtheit hält die Arbeitslosenunterstützung für die wichtigste, ja er betrachtet die Krankenunterstützung in bezug auf erstere als unlogisch. — Es steht aber doch fest, daß ein Bedürfnis zur Krankenunterstützung vorliegt. Dieses hat auch den Vorstand veranlaßt, einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Daß dieser Zweig von den Gewerkschaften ebenfalls gepflegt wird, beweist, daß von 63 Verbänden 36 diese eingeführt haben. Allein im Jahre 1904 sind zu diesem Zweck 1 416 935 Mk. verausgabt worden. — Von den Gegnern dieser Unterstützung könnte nun ebenfalls auf die Mängel der Statistik in unsern Berufen verwiesen werden. Es ist aber nicht abzuleugnen, daß die Krankheitsstatistik bedeutend genauer geführt wird, wie die der Arbeitslosigkeit. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß eine große Anzahl unserer Zahlstellen die Kranken unterstützen. Dieses wirkt wieder zurück auf die Führung der Statistik. — Die Kontrolle bei einer Krankenunterstützung ist auch eine durchgreifendere, weil in allen Fällen ein ärztliches Attest erforderlich ist, während bei Arbeitslosigkeit die einzelnen Fälle meistens individuell beurteilt werden müssen. Es kommt hinzu, daß eine ganze Anzahl unserer Zahlstellen die Unterstützung lokalisiert haben. Deren Erfahrung steht uns jetzt zur Seite und wird in der Diskussion hoffentlich im Allgemeininteresse zum Ausdruck kommen. In den älteren Zahlstellen ist es ganz selbstverständlich, daß die Mitglieder in solchen Fällen unterstützt werden. Es sind große Summen für diesen Zweck schon verausgabt worden. Bedauerlich ist, daß hierüber keine zahlenmäßigen Angaben gemacht werden können. Schon in den achtziger Jahren bestand in Dresden der Mobus, daß jeder Kollege alljährlich eine Extrasteuer von 1,50 Mk. zu bezahlen hatte. Dieses sollte nur im Interesse Erkrankter verwendet werden. Auf dem Kongreß 1888 in Hannover brachten Berliner Delegierte den Antrag ein, daß beim Arbeitsantritt an Stelle des „Einfandes“ eine Art zu zahlen ist. Auch diese Gelder sollten den Erkrankten zugute kommen. Also vor 18 Jahren hat man die Notwendigkeit, kranke Kollegen zu unterstützen, schon eingesehen. Auf dem Hofer Kongreß hatten die Granitarbeiter einen Antrag auf Einführung der Krankenunterstützung eingebracht. Dieser wurde dort abgelehnt, weil, wie ein Delegierter sich geschmackvoll ausdrückte, darin ein Ausfluß der Harmoniebuselerei erblickt wurde. Auch der Würzburger Kongreß befaßte sich mit der Frage, bis dann endlich der Leipziger Kongreß die Einführung der Krankenunterstützung mit großer Mehrheit beschloß. Nun, das Schicksal dieses Kongreßbeschlusses ist Ihnen allen bekannt, ich brauche deshalb nicht näher darauf einzugehen. Aber die an den Haaren herbeigezogene Urabstimmung hat das eine bewirkt, daß sehr viele ihre Ansicht über diese Art der Abstimmung revidiert haben, denn eine Urabstimmung bringt nicht alle mal die richtige Anschauung zum Ausdruck. Diesen Grund macht Ihnen der Zentralvorstand den Vorschlag, die Einführung der Krankenunterstützung von einer Zweidrittelmajorität abhängig zu machen. Wird die Einführung mit solcher Majorität beschlossen, dann werden diejenigen Kollegen, welche bisher Gegner waren, einsehen, daß es vergeblich ist, gegen den Strom zu schwimmen. — Das eine ist be-

\* Durch ein Versehen wurde im ersten Artikel dieser Hinführung weggelassen.

merkenwert, die Krankenunterstützung ist am meisten von den süddeutschen Kollegen bisher befürwortet worden und wir sagen, daß oberhalb der Mainlinie die Kollegen zur Selbsthilfe geschritten sind. — Ich erinnere mich auf frühere Jahre in Hamburg, wo bei Krankheitsfällen Sammellisten zirkulierten. Hatte der zu Unterstützende bei diesem oder jenem „angedekt“, so fiel demnach auch die Unterstützung aus. Für den Betroffenen bedeutet dieses eine Art Almosen, dessen Höhe sich nach der Sympathie richtet, die er bei diesem oder jenem hat. Deshalb haben die Zahlstellen wohl andre Einrichtungen getroffen, feste Beiträge zu diesem Zweck erhoben und so die Unterstützung lokalisiert.

Die Vorstandsvorlage ist unter genauer Berücksichtigung unserer Verhältnisse aufgebaut, und es kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß dieselbe durchführbar ist, ohne zu befürchten, Fiasko damit zu machen. Mit mathematischer Genauigkeit lassen sich nun derartige Einrichtungen nicht festlegen; bei Einführung derselben ins Praktische wird immer eine Verschiebung stattfinden. Auf alle diese Fälle ist die Vorstandsvorlage vorbereitet. Eine Karezzeit von einer Woche muß aber unbedingt eingehalten werden, sonst ist die Einführung unmöglich. Auch die obligatorische Einführung ist selbstverständlich, fakultativ ist ausgeschlossen; meines Wissens hatte nur ein Verband, und zwar die Gemeindegewerkschaft, eine derartige Einrichtung fakultativ, dieser hat ein Ende mit Schrecken genommen. So würde es auch bei uns gehen. — Es könnte nun eingewendet werden, daß sich jeder doppelt versichern könnte, daß es eine ganze Reihe reeller Zuschußklassen gebe und wir als Organisation die Finger davon lassen sollen. Wir sehen aber, daß das Gros unserer Kollegen sich gar nicht darum kümmert, es somit in unserm eigensten Interesse liegt, die Krankenunterstützung einzuführen.

Ein Teil unserer Kollegen, zum Beispiel die Granitarbeiter des Fichtelgebirges, gehören einer Zuschußklasse an, sind infolgedessen auch gegen die Unterstützung. Ich meine aber, wenn ungefähr 300 Kollegen diese Sicherheit haben und zirka 15 000 nicht, dann kann auf die ersteren aus Allgemeininteresse keine Rücksicht genommen werden. — Die verschiedenen Eingangsstände im Steinarbeiter vertreten einen merkwürdigen Standpunkt; das Abwägen, welche Berufsgruppe den Vorteil davon hat, sollte unterbleiben. Auch bei andern Ausgaben, bei Streiks oder Ausperrungen, wird auch nicht danach gehandelt, wer den Löwenanteil bekommt, sondern da wird unterstützt, einerlei ob Sandstein-, Granit- oder Marmorarbeiter. Man sollte sich hüten, Interessengruppen innerhalb des Verbandes zu schaffen. Wenn wir Unterstützungsstellen schaffen, so geschieht es im Allgemeininteresse. Eine Extrasteuer für diese oder jene Berufsgruppe wird nicht geboten. — Die Werbekraft geht verloren, ich ferner behauptet worden. Dieses muß doch erst einmal abgewartet werden. Die Entwicklung der Gewerkschaften beweist das Gegenteil. Ja, wird man nun wieder behaupten, unser Verband ist nicht mit andern Verbänden zu vergleichen. Dieses ist das selbe, als wenn von irgendeiner Zahlstelle vom Vorstand eine Auskunft usw. verlangt wird. Fällt diese dann nicht zur Zufriedenheit aus, so heißt es auch allemal: Ja, ihr vom Vorstand kennt die örtlichen Verhältnisse nicht! Dies sind alles keine Gründe, um die Vorlage abzulehnen. Die Verhältnisse liegen nun einmal so, daß mancher Kollege von uns nach einigen Wochen durch Not in der Familie gezwungen ist, seinem Erwerb wieder nachzugehen, ohne geholt oder gebessert zu sein. Die Krankenunterstützung würde hier manche Not lindern, sie ist im Interesse des Heilverfahrens von großer Wichtigkeit für die Kollegen und ihre Familien. Sie würde auch bewirken, daß die Frau lebhaften Anteil nimmt an der Zugehörigkeit des Mannes zur Organisation. Die Sterbeunterstützung wird ebenfalls in diesem Sinne wirken. — Der Vorstand ist bei seiner Vorlage davon ausgegangen, daß jeder, welcher an die Organisation Ansprüche macht, mindestens 52 Wochenbeiträge voll geleistet haben muß, denn es kommt ja oft vor, daß jemand 1½ oder 2 Jahre Mitglied ist, hat aber noch keine 52 Beiträge geleistet. Auch die Bezahlung der Beiträge von 10 Pfg. während Arbeitslosigkeit oder Krankheit ist eine Notwendigkeit. Wie es mit dem Abstempeln der Felder liegt, ist schon bei Begründung der Vorlage in Nr. 51 gesagt, und wenn eine Unterstützungseinrichtung geschaffen wird, dann ist Bedingung: sichere finanzielle Grundlage. Die übrigen Einnahmen des Verbandes dürfen nicht darunter leiden respektive verwendet werden, wir kommen sonst auf eine schiefe Ebene, unser Verband

würde dadurch an Schlagfertigkeit verlieren, unsern Kampfcharakter schwächen. Dieses muß von vornherein vermieden werden. Deshalb ist es notwendig, während der Arbeitslosigkeit oder Krankheit die Beiträge von 10 Pfg. zu bezahlen, welche durch Marken quittiert werden. Die einzelnen statistischen Bestimmungen sind klar und verständlich, ja selbstverständlich, so daß diese nicht erörtert zu werden brauchen. Auch die Krankenunterstützung an und für sich ist in der Presse und in den Versammlungen genügend diskutiert, so daß hier wohl Klarheit herrscht. Nur eins habe ich noch nachzuholen: Als die Vorlage publiziert wurde, da ist es unterlassen, meinerseits zu begründen, wofür die 5 Prozent der Verwaltungskosten gedacht sind. Wenn Sie die Einführung beschließen, dann macht es sich notwendig, einen weiteren Beamten im Zentralbureau anzustellen. Jetzt liegen die Dinge so, daß unter 10 Stunden nie gearbeitet wird, sondern 11, 12, ja 13 Stunden; bei Annahme der Vorlage besteht für uns keine Aussicht, daß hier eine Besserung eintritt. Hauptächlich unser Kassierer kann davon ein Lied singen. Der neue Beamte ist ja auch hauptsächlich zur Unterstützung desselben gedacht. Eine achtstündige Arbeitszeit auf die Minute wird sich wohl nicht durchführen lassen, doch eine längere Arbeitszeit, wie ein großer Teil unserer Mitglieder sie bestift durch die Bundesratsverordnung, können Sie auch ihren Angestellten nicht zumuten. Auch der Geschäftsbericht des Vorstandes hat bewiesen, wo eine Aenderung eintreten muß. Es ist doch auch das Bedürfnis vorhanden nach geistiger Nahrung, die jetzige freie Zeit reicht kaum dazu, die Tageszeitungen zu lesen, geschweige denn etwas anderes. Ich habe die Ueberzeugung, daß Sie ohne weiteres damit einverstanden sind. — Der Vorstand glaubt nun, dem Beschlusse des Erfurter Verbandstages nachgekommen zu sein. Eine Arbeitslosenunterstützung ist wegen mangelhafter Unterlagen nicht diskutierbar, auch die Arbeitslosenunterstützung bedarf noch sehr der Klärung, es bleibt also die vorgeschlagene Kranken- und Sterbeunterstützung. Leistung und Gegenleistung stehen in einem gefunden Verhältnis, lassen Sie in der Diskussion nur gesunde Ansichten zutage treten. Dann wird bei Annahme der Vorlage der Verband wieder einen großen Schritt vorwärts kommen. Ich bin überzeugt, daß sie sich ebenso gut bewähren wird, wie die Umwandlung unser Organisation in den Verband.

## Der „Arbeitsnachweis“ und seine Bedeutung für unsere Verbandsmitglieder.

Referat, gehalten vom Kollegen Adolf Herrmann auf dem Verbandstage zu Nürnberg.

Eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften ist die Einführung des Arbeitsnachweises. Der Arbeitsnachweis soll die Vermittlung bringen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage und soll die Arbeitsangebote der Arbeitnehmer zur Kenntnis der Arbeiter bringen.

Nun bringt zwar der Arbeitsnachweis nicht mehr Arbeit als tatsächlich vorhanden ist, aber seine sozialpolitische Bedeutung liegt darin, daß er die Befehung der vakanten Stellen erleichtert und so die Arbeitslosen von der Landstraße in Arbeitsgelegenheit bringt. Aus diesen Gesichtspunkten ergibt sich auch die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsnachweise, und auch unsere Gewerkschaft hat ein großes Interesse, an der Lösung dieser Frage mitzuwirken.

Die „Arbeitsvermittlung“ vollzieht sich gegenwärtig in den verschiedensten Formen, die primitivste Form ist das Umschauen, das heißt das Wandern von Ort zu Ort. Die zweite Form ist das Inserieren in öffentlichen Blättern, Fachzeitungen und auch in Arbeiterorganen (Steinarbeiter) usw. Die dritte Form ist die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung. Es ist diese Art der Vermittlung ein sehr verwerfliches System, da es ausschließlich nur auf den Gewinn berechnet ist. Auch bedeutet diese Art der Arbeitsvermittlung einen großen Mißstand für manches Gewerbe, es seien hier nur das Gastwirtschaftsgewerbe und die landwirtschaftlichen Betriebe erwähnt. Um nun der schädlichen gewerblichen Vermittlung einigermassen einen Riegel vorzusetzen (die Gewerbeverwaltung verfährt bisher völlig gegen die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung), kamen Sozialpolitiker, Staat und Gemeinden zu der Ueberzeugung, daß etwas für die Arbeitsvermittlung getan werden müsse.

## Aus Geschichte und Praxis der Gewerkschaften.

VI.

Am sechsten und letzten Abend behandelte Genosse Stauffer die Grenzen der gewerkschaftlichen Aufgaben und das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften.

In den vorausgegangenen Vorträgen wurde versucht, in großen Zügen ein Bild von den Aufgaben der Gewerkschaften zu geben. Als eine Kulturbewegung erfüllt die moderne Arbeiterbewegung Kulturaufgaben. Als besondere Aufgaben verbessern die Gewerkschaften durch den wirtschaftlichen Kampf, durch ihre Unterstützungseinrichtungen usw. in materieller Hinsicht die Lage des Arbeiters, in geistiger Hinsicht tragen sie durch ihr Fachorgan, Bibliotheken und Versammlungen in hohem Maße zur geistigen Hebung und Bildung der Arbeiterschaft bei. In den Gewerkschaften ist die Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft organisiert. Ihre Aufgaben wurden durch die wirtschaftliche Entwicklung immer vielfältiger, aber unter all den Forderungen, die die Gewerkschaften zu erfüllen streben, ist nicht eine, die nicht schon im Gegenwartsstaate verwirklicht werden könnte. Die immer mächtiger anwachsenden Unternehmerorganisationen und die fortschreitende Entwicklung der Produktionsweise, die die Produktionsmittel in immer weniger Hände vereinigt, setzen den gewerkschaftlichen Aufgaben Grenzen. Gegenüber solchen Gegnern erweist sich die Gewerkschaft machtlos. Es ist unmöglich, einen derartig machtvollen Gegner zu besiegen. Der große Streik im Ruhrrevier ist ein klassischer Beweis dafür. Dort wird auch ein Streik nicht gewonnen, wenn selbst alle Bergarbeiter sich organisiert haben. Wenn die Grubenbesitzer Zugeständnisse machen, so nicht aus Schwäche oder Nachgiebigkeit den Arbeiterorganisationen gegenüber, sondern unter dem Druck der öffentlichen Meinung oder durch das Eingreifen der Gesetzgebung. Das haben die Bergarbeiter wohl erkannt. Die Siebenkommission richtete ihre Petitionen weniger an die Stinnes- und Thyssen als an den Reichskanzler und an den Handelsminister. Bei solchen Riesestreiks tritt das öffentliche Interesse in den Vordergrund. Das Bürgerthum sympathisierte mit den Bergleuten nicht aus Mitleid, sondern weil es instinktiv fühlte, daß ein Sieg der Grubenbesitzer gefährlicher werde als ein Sieg der Bergleute. Damals stellten entweder wegen Mangels an Kohle oder wegen der Preissteigerung der Kohle eine Anzahl Eisenhütten und Maschinenfabriken ihren Betrieb ein und mancher Fabrikant, der sonst ein Feind jeder Organisation ist, zeichnete sein Eisen für die streikenden Bergleute. Eine ähnliche öffentliche Eskalation entstand bei der Ausperrung der Elektrizitätsarbeiter in Berlin. Im „öffentlichen Interesse“

wurden Feuerwehrlente als Arbeitswillige angehalten, „um das wirtschaftliche Leben Berlins nicht in Unordnung zu bringen“. In solchen Fällen wird immer die Gesetzgebung eingreifen, um das öffentliche Interesse zu schützen. Je größer dann in solchen Situationen der Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung ist, um so weniger wird man die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Arbeiter richten können. Schon die Webbs sagen in ihrem Buche über Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine:

Wenn die ganze Industrie in der Hand eines einzigen Großunternehmers liegt oder unter eine kleine Zahl nicht konkurrierender Unternehmer verteilt ist, dann findet die Gewerkschaft, daß ihre Methoden der gegenseitigen Versicherung und der kollektiven Vertragschließung so gut wie nutzlos sind. . . . Wir dürfen daher annehmen, daß die äußerste Konzentration der Industrie in den Trusts und Monopolen entweder zur Unfruchtbarkeit und dem Verfall der Gewerkschaften oder dazu führen wird, daß sie sich fast ausschließlich auf die Beeinflussung der Gesetzgebung beschränken.

Das letztere mag für England zutreffen, für Deutschland nicht. Denn in Deutschland hat die Arbeiterschaft eine politische Vertretung, die Sozialdemokratie, die alle gewerkschaftlichen Forderungen vertritt und die Gesetzgebung zugunsten der Gewerkschaften beeinflusst. Alle gesetzlichen Freiheiten, die die Gewerkschaften zu ihrer Existenz unbedingt nötig haben, Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Koalitionsrecht, werden allein von der Sozialdemokratie wirksam geschützt. Alle Forderungen, die von den Gewerkschaften an die Gesetzgebung gestellt werden, wie die Fortsetzung der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Ausbau der Fabrikinspektion, die Beseitigung der Schäden in der Hausindustrie, die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitsstages usw. werden von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten erhoben. Die freien Gewerkschaften haben erkannt, daß es überflüssig ist, eigene Vertreter in die Parlamente zu senden, da die Sozialdemokratie viel energischer alle Arbeiterinteressen vertritt kann. Denn die Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral, neutral in dem Sinne, daß sie keinem Mitglied einen Lauffchein oder ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch abfordern. Das ist natürlich nicht zu verwechseln mit einer Ueber-Neutralität, die manchen Gewerkschaftsführer zu den unglaublichsten Maßnahmen drängte, nur um das Prinzip der Neutralität hochzuhalten. Beim Bergarbeiterstreik ist die Neutralität des alten Bergarbeiterverbands soweit gegangen, daß man auf die Lösung verzichtete und sie den Christen überließ. Dadurch wird in den christlichen und kirchlichen Organisationen der Glauben erweckt, als seien sie wirklich neutral, während sie doch zum Zentrum und den Freisinnigen im gleichen Verhältnis stehen, wie die freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie. Diese Parteien sind aber bürgerlich und hängen sich nur bei Wahlen den Mantel der Ar-

beiterfreundlichkeit um, die Sozialdemokratie aber ist die Arbeiterpartei, die nur Arbeiterinteressen vertreten kann. Sie leih den Gewerkschaften in deren wirtschaftlichen Kämpfen ihre Presse, und die Gewerkschaften wissen heute, daß die sozialistische Tagespresse eine der wirksamsten Waffen im Kampf mit dem Unternehmertum ist. Die Holzarbeiter-Zeitung hat dies mit folgenden Worten anerkannt:

Eingig die sozialdemokratische Presse hat uns stets willig zur Seite gestanden, sie ist bei aller und jeder Gelegenheit, wenn es galt, mit Hilfe der Gewerkschaften die Arbeiterinteressen zu fördern, und wenn die Gewerkschaften selbst in Gefahr waren, unser treuer Bundesgenosse gewesen. Ihr verdanken wir viel; ihr verdanken wir einen großen Teil unserer Erfolge, ihr verdanken wir es auch mit, wenn die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland ein so großes Ansehen besitzt.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sehen in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung. Alle wirtschaftlichen Schichten und Vereinigungen versuchen die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, nur daß deren Politik nur einer bestimmten Schicht des Volkes Vorteile bringt, die zugleich für die unteren Schichten Nachteile sind, wie der Zolltarif, der den Großgrundbesitzern reiche Ernte bringt, durch seine Verteuerung der Lebensmittel aber den Arbeitern das wieder nimmt, was sie sich im mühevollen Kampf errungen haben. Die Politik der Sozialdemokratie steht nicht im Gegensatz zu den allgemeinen Interessen des Volkes. Denn da die Arbeiter den größten Teil der Bevölkerung bilden, bessert sich deren Lage, wenn sich die Lage der Arbeiter bessert.

Aber auch der einzelne Gewerkschaftler muß Sozialist sein. Weder die Unterstützungseinrichtungen noch die Lohnkämpfe, die Tarifverträge und die Arbeiterschutzgesetze befreien ihn von dem Los eines Lohnsklaven. Er bleibt Zeit seines Lebens der Lohnarbeiter, dem unausgesetzt die Unsicherheit der Existenz droht. Mit jedem technischen Fortschritte an den Maschinen, mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt, verschärfte sich dieser unsichere Zustand. Er, der die Reichthümer schafft, lebt ständig in der Gefahr, brotlos und damit obdachlos zu werden. Er kann kein Interesse an dem Fortbestehen der heutigen Gesellschaftsordnung haben, die sich ihm selbst zu ihrem Feind machte. Seine Unsicherheit der Existenz ist nicht begründet auf allgemeinem Mangel an Lebens- und Bedarfsartikeln, sondern er leidet dann am meisten Not, wenn Unheil erzeugt ist und die Krise eintritt. Es ist die Not aus Ueberfluß. Darum darf der Gewerkschaftler sich nicht häuslich einrichten in der heutigen Gesellschaftsordnung, er darf über den alltäglichen gewerkschaftlichen Kleinkampf nicht das Endziel aus dem Auge lassen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. —

Die Reime der modernen öffentlichen Arbeitsnachweise finden wir in der Schweiz, und war es die Stadt Bern, die im Jahre 1888 einen paritätischen Arbeitsnachweis errichtete.

In Deutschland folgten bald Stuttgart, Frankfurt a. M., Berlin usw. nach.

Die Arbeiterchaft stand der Errichtung solcher Arbeitsnachweise skeptisch gegenüber und lehnte es vielfach ab, sich an der Verwaltung dieser Arbeitsnachweise zu beteiligen. Der Hauptgrund war zunächst, daß in die Geschäftsordnung dieser Arbeitsnachweise nicht die „Streitklausel“ aufgenommen wurde.

Diese „Streitklausel“ sollte verhindern, daß da wo ein Streit ausgebrochen, noch Arbeiter seitens der Arbeitsvermittlungstelle demittiert würden. Ein weiterer Punkt war, daß die Person des Geschäftsführers nicht aus der Reihe der Arbeiter ernannt wurde. In Frankfurt a. M. wurde seitens der Stadtverwaltung beschlossen, die Streitklausel in die Geschäftsordnung der städtischen Arbeitsvermittlungstelle aufzunehmen, aber die Regierung zu Wiesbaden verweigerte hierzu die Genehmigung.

Trotzdem sich nun die organisierten Arbeiter vielfach nicht an den Verwaltungen der Arbeitsnachweise beteiligten, entwickelten sich dieselben. Da nun ein Teil der Unternehmer sich bei Befolgen in den Betrieben an die Arbeitsvermittlungstelle wandte, andererseits aber auch die Frage der Arbeitsvermittlung ganz in ihre Hand bekommen wollten, war die Frage des Arbeitsnachweises nun brennend geworden innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß als höchste Instanz der deutschen Gewerkschaften behandelte den Arbeitsnachweis als besonderen Punkt der Tagesordnung. Nach eingehender Debatte, die Zeugnis ablegt für die Wichtigkeit des Themas wurde eine Resolution angenommen, die sich unter bestimmten Voraussetzungen für die Beteiligung an der Verwaltung von städtischen paritätischen Arbeitsnachweisen ausspricht. Außer den vorgenannten Arbeitsnachweisen gibt es noch die Innungsnachweise und solche, die die organisierten Arbeiter sich geschaffen haben: die **Sacharbeitsnachweise**.

Die Innungsnachweise (ein Ueberbleibsel noch aus der alten Zunftzeit) haben sich überlebt, und da vielfach die organisierten Arbeiter auf die Verwaltung dieser Arbeitsnachweise keinen Einfluß haben, nehmen die organisierten Arbeiter diese Arbeitsnachweise selten in Anspruch. Auch sind sie nicht als paritätisch zu betrachten, da durchweg der unparteiische Vorsitzende fehlt.

Die Arbeitgeber hatten ebenfalls den Wert der Arbeitsnachweise erkannt und wollten dieselben möglichst in ihre Hand bekommen. Auf einer Arbeitgeberzusammenkunft in München wurde klar ausgesprochen, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeitgeber gehöre.

Da nun auch die Arbeiter endlich eingesehen hatten, daß es für sie von großem Vorteil sei, ihre arbeitslosen Kollegen so schnell als möglich unterzubringen, errichteten sie sogenannte **Sacharbeitsnachweise**.

Inwiefern nun der Arbeitsnachweis für unsern Beruf von Vorteil ist, sei kurz begründet.

Gegenwärtig vollzieht sich die Arbeitsvermittlung in unserm Berufe in der Hauptform in dem Umschauen, das heißt, in dem betreffenden Orte wird Werkplatz für Werkplatz vorgenommen und um Arbeit gesprochen. Es bedeutet dieses Umschauen einen großen Krebsbissen für das Gewerbe und auch für die Kollegen. Vielfach, besonders im Winter, hat es sich gezeigt, daß, wenn der Werkplatz von arbeitslosen Kollegen überlaufen wurde, die Löhne reduziert wurden, denn bekanntlich regelt sich auch in unserm Berufe der Lohn nach „Angebot und Nachfrage“. Eine Ausnahme davon ist nur da zu konstatieren, wo Tarife abgeschlossen sind und eine stramme Organisation dafür sorgt, daß der Tarif nicht so leicht gebrochen werden kann.

Und welche Gefahren in sittlicher und moralischer Beziehung gerade das längere Wandern für den jüngeren Kollegen bringt, davon wird mancher Kollege zu erzählen wissen. Ist es doch Tatsache, daß es Gendarmen gibt, die vielfach die arbeitslosen Wanderer als Arbeitslose ansehen. Als ein weiterer Faktor, der die Einführung des Arbeitsnachweises in unserm Verbands notwendig macht, ist der zu betrachten, daß unsere organisierten Kollegen wochen- und monatslang auf der Landstraße liegen, während unorganisierte die offenen Plätze besetzen. Dadurch, daß wir den organisierten Kollegen Arbeit nachweisen, sparen wir eine ganz schöne Summe, die heute für die Reiseunterstützung ausgegeben wird.

Bei Lohnbewegungen ist es von großem Vorteil, wenn die Kollegen nicht die Werkplätze besuchen wie bisher, denn bekanntlich wird im Fachblatte nur dann vor Zugang gewarnt, wenn der Streit proklamiert oder die Sperre verhängt ist. (Es hat dies seinen Grund darin, weil die Unternehmer nicht zu wissen brauchen, ob und in wieviel Lohnbewegungen wir engagiert sind.)

Auch bei Streiks ist der Arbeitsnachweis von großem Vorteil, denn es hat sich gezeigt, daß die Kollegen eher geneigt sind, vom Streikort abzureisen, wenn ihnen Arbeit nachgewiesen werden konnte. Bei der Bauarbeiterausperrung in Frankfurt sind auf diese Weise hunderte von Arbeitern in das Saargebiet und Rheinland und Westfalen abgeschoben worden.

Wie errichtet man nun am zweckmäßigsten den Arbeitsnachweis in den einzelnen Zahlstellen? Für zweckmäßig würde ich es empfehlen, zunächst im Vorstand gemeinsam mit den Platzkassierern die Frage gründlich durchzusprechen. In der nächsten Versammlung wäre dann den Kollegen das Ergebnis der Sitzung mitzuteilen, um die Genehmigung zu ersuchen, daß der Vorstand oder eine besondere Kommission die Vorarbeiten erledigt.

Zu diesen Vorarbeiten zählt in erster Linie, eine Besprechung mit den Meistern herbeizuführen, um mit denselben die Frage des Arbeitsnachweises zu beraten. Sollen dieselben jede Beteiligung ablehnen, so ist der Arbeitsnachweis trotzdem zu errichten. Die Platzkassierer von den einzelnen Werkplätzen erhalten dann Postkarten zugestellt, auf denen sich die Adresse des Kollegen befindet, der den Arbeitsnachweis in Händen hat. Wenn in einem Betriebe Arbeiter eingestellt werden sollen, dann hat der Platzkassierer sofort per Karte dies dem Kollegen mitzuteilen, der den Arbeitsnachweis führt.

Am zweckmäßigsten wird in einer nicht zu großen Zahlstelle der Kassierer oder Vorsitzende den Arbeitsnachweis führen.

In den Herbergen bzw. Verkehrslokalen ist ein Plakat auszuhängen, das den Kollegen anzeigt, wo sich der Arbeitsnachweis befindet.

Sämtliche Kollegen am Orte sind verpflichtet, den Arbeitsnachweis beim Arbeitsuchen zu benutzen.

Es ist nun schwierig, ein allgemeines gültiges Statut für die Errichtung von Sacharbeitsnachweisen aufzustellen, denn die Verhältnisse innerhalb Deutschlands sind verschieden. Im nachfolgenden sollen nun die Hauptpunkte hervorgehoben werden, die bei dem Statut zu beachten sind:

1. Errichtung des Arbeitsnachweises — Datum.
2. Verwaltung desselben in der Regel 2 bis 3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ein unparteiischer Vorsitzender.
3. Die Wahl erfolgt auf 1—2 Jahre.
4. Wahlberechtigung. Alle Kollegen, die über 18 Jahre alt sind, haben das Wahlrecht, wählbar zu der Kommission sind nur solche, die das 21. Jahr erreicht haben. Für jeden Bezirk ist ein Ersatzmann zu wählen.
5. Ueber die Arbeitnehmer, welche sich als arbeitslos melden, wird eine Liste geführt, über die offenen Stellen ist eine besondere Liste zu führen.
6. Bei der Anmeldung um Arbeit hat jeder Arbeitnehmer seine Papiere vorzulegen, damit in den Betrieben eine glatte Einstellung ermöglicht wird.
7. Wird dem Arbeiter Arbeit zugewiesen und er hat die Arbeit innerhalb 36 Stunden nicht aufgenommen, dann kann der Arbeitsnachweis die Stelle anderweit besetzen.
8. Den Arbeitgebern steht das Recht der freien Auswahl

unter mehreren gleichzeitig in den Listen des Arbeitsnachweises eingetragenen und ihnen zugesandten Arbeitnehmern zu. In dringenden Fällen können die gerade Anwesenden bevorzugt werden.

Andererseits sind auch die Arbeiter berechtigt, die Annahme von Arbeit in dem Betriebe zu verweigern, dem sie vom Leiter des Arbeitsnachweises zugewiesen worden sind, ohne ihren Rang in der Reihenfolge zu verlieren.

9. Beschwerdewerfahren. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, bei NichtEinstellung von Bewerbern diesen die Gründe für die Ablehnung anzugeben, jedoch soll die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Gewerkschaft bzw. die Tätigkeit für eine der vorgenannten Organisationen keinen Grund zur Ablehnung geben.

Auf Verlangen eines Arbeitnehmers, welcher angibt, daß er wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Gewerkschaft bzw. Tätigkeit für sie zurückgewiesen ist oder daß er wegen vorgerückten Alters zurückgewiesen sei, tritt das Schiedsgericht auf Anrufen in Funktion.

Das Schiedsgericht ist berechtigt, von dem Arbeitgeber die Angabe des Grundes der NichtEinstellung zu verlangen.

Weigert sich der Arbeitgeber, diesem Verlangen stattzugeben, so gilt die Behauptung des Arbeitnehmers über die Gründe der NichtEinstellung als erwiesen.

Das Schiedsgericht entscheidet nach freiem Ermessen, der Entscheidung des Schiedsgerichts unterworfen sind beide Teile. Die Anrufung des Schiedsgerichts ist nicht mehr zulässig, wenn seit dem Tage der NichtEinstellung eine Frist von mehr als einer Woche verstrichen ist.

10. An Arbeitnehmer, die sich Tarifbrüche zuschulden kommen lassen, werden keine Arbeiter vermittelt.

11. Die Auflösung des Arbeitsnachweises kann nur nach vorheriger dreimonatiger Kündigung, welche in den Steinmetzbetrieben genügend bekannt gemacht wird, aufgehoben werden und mindestens dreiviertel der Betriebe dies beschließen.

Auf diese Hauptpunkte ist Gewicht zu legen betr. Errichtung des Sacharbeitsnachweises. Sehr zweckmäßig wird es sein, wenn die den Arbeitsnachweis führenden Kollegen auch mit den Nachbarorten in Fühlung bleiben, um sich so gegenseitig in der Arbeitsvermittlung zu unterstützen.

Hoffen wir, daß, wenn in zwei Jahren wieder der Verbandstag zusammentritt, wir sagen können, der Arbeitsnachweis in unserm Berufe hat sich gut bewährt und er hat auch die Grundlage geschaffen für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Als empfehlenswerte Schriften über den Arbeitsnachweis seien erwähnt die Broschüre von Calver: *Der Arbeitsnachweis*, die von Dr. Freund: *Die Arbeitsnachweise*, sowie das Protokoll des Frankfurter Gewerkschaftskongresses.

Der Referent legte folgende Resolution vor, welche einstimmige Annahme fand:

1. Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung ist ein nicht zu unterschätzendes Mittel zur sozialen Hebung der Arbeiterklasse und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Mit Hilfe derselben ist es den Arbeitern möglich, Arbeitsbedingungen abzuwehren, die sie gesundheitlich und materiell schädigen könnten.
2. Der Verbandstag empfiehlt deshalb den Zahlstellenverwaltungen, der Errichtung von Sacharbeitsnachweisen näherzutreten.
3. Sollte in dem betreffenden Orte ein gut funktionierender städtischer paritätischer Arbeitsnachweis vorhanden sein, so ist in Ermägung zu ziehen, den Sacharbeitsnachweis dem städtischen Nachweis anzugliedern. Der Zentralvorstand wird beauftragt, eine kurze Zusammenfassung über die Fortschritte betr. Einführung der Arbeitsnachweise in den einzelnen Zahlstellen alljährlich zu geben.

### Gemünzter Arbeiterschweiß.

Fast das ganze Jahr hindurch stöhnen und jammern die Unternehmer und Fabrikanten, die Direktoren, Aufsichtsräte und Aktionäre von Erwerbsgesellschaften über die Begehrlichkeit der Arbeiter, über ihre Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit, mehr Lohn, mehr Schutz gegen Lebensgefahr, besserer Behandlung. Die deutsche Industrie wird konkurrenzunfähig und muß zugrunde gehen, wenn nicht bald ein Ende gemacht wird mit dem „Füllen der Kompottschüssel“, so schreien und schreiben die Wortführer und Goldschreiber des Kapitals in alle Welt hinaus. Und leider gibt es noch Hunderttausende von Arbeitern, die solchem Geschwafel Glauben schenken und sich abhalten lassen von der Befreiung der Menschenrechte; sie wollen ihrem „guten Herrn“, der das Arbeiterwohl mit schmerzhaftem Behagen im Munde führt, nicht mehe tun. Viele Arbeiter machen sich auch gar keine Vorstellung davon, was das Kapital einbringt, was die Herren Fabrikanten, Direktoren, Besitzer von Aktien usw. „verdienen“, ohne eigentliche Arbeit, weder geistige noch körperliche, zu leisten. Es ist daher eine verdienstliche Einrichtung, daß die Aktiengesellschaften ihre Abrechnungen veröffentlichen müssen, woraus die Höhe der Ueberzuschüsse, Abschreibungen, Zantiemen und Dividenden ersichtlich ist. Seit einigen Wochen kann man nun wieder in der Tagespresse lesen, daß dieses Werk 11, jenes 15 und wieder andere Unternehmen 20, ja über 30 Prozent Dividende abgeworfen haben, daß die Direktoren und Aufsichtsräte fürstliche Gehälter einstreichen. Freilich wird es nicht lange dauern, und das Gejammer über die Unfruchtbarkeit des Kapitals geht von neuem los. Um so notwendiger muß sich jeder Arbeiter die Gewinnzahlen einprägen, die das Handels- und Industriekapital abwirft. Wir können leider nur einige Proben vorführen. Beginnen wir mit den Berg- und Hüttenwerken in bunter Reihe. Die Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Stollberg bringt 24 Prozent gegen 22 Prozent im Vorjahre zur Verteilung. — Der Kölner Bergwerksverein kann bei einem Rohüberschuß von 2 844 113 Mk. (2 157 857 Mk. im Vorjahre) nur eine Dividende von 25 Prozent zahlen. — Der Schalker Gruben- und Hüttenverein hatte im verfloßenen Jahre an Bruttoüberschuß 6 685 902 Mk. Davon wurden 2 200 000 Mk. zu Abschreibungen verwendet. Das Aktienkapital beträgt 10 200 000 Mk. Mitin wurde über ein Fünftel des gesamten Aktienkapitals abgeschrieben. Ferner kamen für den Hochofenerneuerungsfonds in Ettraabzug 400 000 Mk., für Bergschäden 650 000 Mk., für außerordentliche Abschreibung 100 000 Mk., für den Spezialreserfonds 156 795 Mk. und für den Aufsichtsrat 102 844 Mk. Nach solchen Abzügen blieb für die Aktionäre nur noch die Kleinigkeit von 2 876 263 Mk. zur Verfügung, woraus 27,5 Prozent Dividende verteilt werden. — Nordstern Bergwerks-Aktiengesellschaft erzielte pro 1905 einen Bruttogewinn von 5 406 622 Mk. Nach Abzug von 1 664 607 Mk. Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 3 742 013 Mk., aus welchem 15 Prozent Dividende verteilt werden sollen. Die Selbstkosten pro Tonne und damit die Arbeitslöhne sind um 3,51 Prozent gefallen. — Bei der Bergbau-A.-G. Concordia stieg der Betriebsgewinn von 2 213 299 Mk. auf 2 647 820 Mk., der Reingewinn von 1 405 383 Mk. auf 1 604 589 Mk. Die Dividende, die im Vorjahre auf 10 Prozent bemessen war, erhöht sich auf 12 Prozent. — Der Aufsichtsrat der Bergwerks-Aktiengesellschaft Hibernia konnte beschließen, von dem abzüglich aller laufenden und außerordentlichen Betriebsausgaben sowie der Anleihezinßen verbleibenden Bruttogewinn von 9 649 075,59 Mk. 3 101 210,50 Mk. zu Abschreibungen auf Inventaronto zu verwenden. Der verbleibende Rest reicht für 11 Prozent Dividende. — Die Ise Bergbau-Aktiengesellschaft erzielte im letzten Jahre bei einer Förderung von 30,2 Millionen Sektoliter einen Bruttogewinn von 3 294 000 Mk. Im vorigen Jahre betrug die Förderung 29 Millionen Sektoliter, der Ueberüberschuß 2 878 000 Mk. Die Förderung stieg um 0,04 Prozent, der Gewinn aber um 0,14 Prozent. — Die Grube Victoria, deren Stammkapital nur 1,2 Millionen Mark beträgt, soll für vier Millionen verkauft werden. Der Reingewinn des letzten Jahres beträgt rund 30 Prozent. — Der Gewinn des Förder Bergwerks- und Hüttenvereins ist im ersten Halbjahre 1904-05

um fast 40 Prozent gestiegen; der pro Kopf der beschäftigten Arbeiter erzielte Betriebsgewinn beläuft sich in dem halben Jahre auf rund 400 Mk. — Der Mühlheimer Bergwerksverein erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Ueberüberschuß von 2 383 002 Mk. und einen Reingewinn von 1 577 263 Mk. Die Zahl der Arbeitsschichten ist gegen das vorhergehende Jahr um 106 189 gestiegen, dagegen der Reinerdienst um 232 069 Mk. gestiegen; pro Schicht und Arbeiter erzielte das Kapital 1,33 Mk. Reingewinn, das sind über 400 Mk. im Jahr. Die Aktionäre des Bergwerks-Gesellschaft mußten mit einer Dividende von 11 Prozent fürlieb nehmen, wogegen die Eintracht-Braunkohlwerke 18, der Magdeburger Bergwerksverein 28 und der Nachener Hüttenverein Note Erde 29,5 Prozent abwarfen.

In noch glänzenderer Lage befindet sich die Kaliindustrie. Dies beweisen folgende Ueberüberschüsse: sie betragen bei Karlsfund 1905: 1 132 425 Mk. (1904: 911 695 Mk.), Wilhelmshall 2 439 326 Mk., Glüdauf-Sonderburg 1 958 528 Mk. (1 751 545), Hedwigswag 1 068 300 Mk. (981 695), Wintershall 1 024 823 Mk. (625 074), Burbach 1 312 306 Mk. (802 247), Wschersleben 1 600 000 Mk. (1 400 000). — Die Solbawerke in Bernburg wirtschaften jährlich Rohgewinne in Höhe von 60 bis 70 Prozent des Aktienkapitals heraus. Auf dem fiskalischen Werke in Staßfurt lieferte im Jahre 1903 jeder Arbeiter 800 Mk. Ueberüberschuß, dagegen im Jahre 1904: 1580 Mk. — Die Löhne der Kali-Sklaven betragen auf den meisten Werken 2,50 bis 3,50 Mk. pro Schicht.

Daß auch den Aktionären anderer Unternehmungen die „Kompottschüssel“ ganz gut gefüllt worden ist, zeigt die folgende Zusammenstellung. Es verteilen Dividenden: die Sächsisch-Thüringische Portland-Zementfabrik 12 Prozent, die Porzellanfabrik Triptis 12 Prozent, die Kammgarnspinnerei Stoeer u. Co. in Leipzig 10 Prozent, die Zellulosefabrik Feldmühle in Breslau 12 Prozent, die Waggonfabrik Uerdingen 9 Prozent, die Chemnitzer Aktien-Spinnerei 9 Prozent, die Mechanische Baumwollspinnerei in Augsburg 23 Prozent, der Bremer Vulkan 10 Prozent, die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft 20 Prozent, die Charlottenburger Wasserwerke 15,75 Prozent, die A.-G. Ludw. Loewe u. Co. 12 Prozent. „Nur“ auf 25 Prozent brachte es die Asphaltfabrik-Aktiengesellschaft, die Adler-Fahrradwerke in Frankfurt a. M. verteilen 20 Prozent, die Bremer Linoleumwerke 14 Prozent, die Maschinenfabrik Gröner 14 Prozent, die Leckenberg-Werke in Bremen 10 Prozent, die Porzellanfabrik A.-G. in Sella 18 Prozent, die Sächsisch-Böhmische Portland-Zementfabrik 10 Prozent, die Deutsche Linoleum- und Wachsdruck-Co. 12,5 Prozent, die Hamburg-Amerikanische Paketfabrik A.-G. 11 Prozent, die Kosmos Dampfschiffahrtsgesellschaft, Hamburg, 14 Prozent.

Von den Aktionären der Chemischen Industrie geht es denen der Mannheimer Fabriken am „armeligsten“, sie mußten sich mit 19 Prozent begnügen; die Höchster Farbwerke brachten es auf 20 Prozent, die Chemische Fabrik A.-G. Leipzig auf 22 Prozent, die Chemische Fabrik Hude-Bremen auf 30 Prozent und die Oberöhl. A.-G. für Fabrikation von Lignose warf die „Kleinigkeit“ von 80 Prozent ab. Annehmbar Gewinne erzielten auch die Aktionäre der Vereinigten Glanzstofffabriken in Elberfeld mit 30 Prozent, der Halleischen Maschinenfabrik mit 32 Prozent, der Frankfurter Transport-Glasversicherung mit 33 Prozent und der Porzellanfabrik Kahla mit 35 Prozent. — Die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken konnten „nur“ eine Dividende von 18 Prozent herausbringen. Von dem Betriebsgewinn von 3 863 000 Mk. wurden 1 693 000 Mk. zu Abschreibungen verwendet.

Nicht vergessen dürfen wir in unserer Zusammenstellung die Gewinne der Banken, Terraingesellschaften usw. Die Nationalbank für Deutschland erzielte im letzten Jahre einen Bruttogewinn von 11 677 653 Mk., das ist eine Steigerung um 52 Prozent. Nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern, Abschreibungen auf Grundstücke und Inventar blieb ein Reingewinn von 7 540 205 Mk. Die Aktionäre erhielten 7 Prozent Dividende. Die deutsche Treuband-Gesellschaft konnte bei einem Gewinn von 414 259 Mk. 15 Prozent Dividende verteilen, die Immobilien-Gesellschaft in Leipzig 12 Prozent. Von 10 auf 30 Prozent stieg die Dividende bei der Aktiengesellschaft Schönhauser Allee-Berlin, während die Aktionäre der Terraingesellschaft Groß-Lichterfelde, die im vorigen Jahre 35 Prozent bekamen, sich in diesem Jahre mit 14 Prozent begnügen mußten. Die Berliner Handelsgesellschaft hatte einen Rohgewinn von 14 138 984 Mk., einen Reingewinn von 11 724 507 Mk., woraus 9 Prozent Dividende zur Verteilung gelangten. Die Herren Aufsichtsräte und Verwaltungsräte wurden für ihre „mühevollen“ Arbeit mit 1 218 549 Mk. gelohnt.

Mit wald riesigen Gewinnen das Industriekapital arbeitet, zeigt eine Zusammenstellung des Vortrags über Aktienkapital, Reserven und Dividenden von 13 Werken der Eisen- und Stahlindustrie. Diese Werke haben in den letzten sechs Jahren verhältnismäßig kleine Dividenden abgeworfen, im Durchschnitt 11 Prozent — solche Gewinne sind nach der Deutschen Arbeitergebezeitung nur als „mäßig“ zu betrachten —, sie haben aber doch in den sechs Jahren rund 126,66 Millionen Mark, das sind rund 55 Prozent des Aktienkapitals, an Dividenden verteilt. Die Westfälischen Stahlwerke, die in der Aufstellung nur mit 2,9 Prozent Dividende figurieren, hatten immer noch 513 Mk. Ueberüberschuß pro Kopf der Arbeiter. — Ein drastisches Beispiel von dem „Verdienst“ der Couponschneider zeigt der Aktienstand der Maschinenfabrik Ruyffhäuser. Wie der Vortragsbericht, wurde diese Gesellschaft im Jahre 1897 mit einem Kapital von 400 000 Mark gegründet. An Dividenden wurden verteilt bis 1903: 10, 13, 16, 17,5, 20, 45 und 60 Prozent, in sieben Jahren 181,5 Prozent! In derselben Zeit sind circa 550 000 Mk. für Abschreibungen und Reserven verandt. Es ist in der genannten Zeit das Aktienkapital 1,8mal in Gestalt von Dividenden zurückgezahlt worden und 1,3mal wurde das Kapital abgeschrieben. Damit waren die Herren Aktionäre aber noch nicht zufrieden, sie wollten auch den Wertstand ihres Papierbesitzes steigern durch Einführung an der Börse. Zu diesem Zwecke mußte das Aktienkapital auf eine Million Mark erhöht werden. Das geschah; die Aktien wurden zu 312 Prozent eingeführt, der Aktionär konnte sein Papier zu einem mehr als dreifachen Preis verkaufen. Den höchsten Kurs erreichten die Aktien mit 399,50 Prozent. Allerdings die Dividende ging zurück! Das erhöhte Kapital arbeitete noch nicht mit, war aber gleich dividendenberechtigt. Es mußte erst der Betrieb erweitert und neue Fabrikation aufgenommen werden. Trotzdem wurden für 1904 doch noch 20 Prozent Dividende verteilt. Läßt man den Umstand der Kapitalerhöhung unberücksichtigt, so ergibt sich für die acht Jahre Geschäftstätigkeit eine Ausbeute von 946 000 Mk. auf 400 000 Mk. Kapital. Das „verdienen“ die Aktionäre!

### Litterarisches.

Der Wahre Jakob hat in diesem Jahre noch eine zweite Auflage herausgegeben. Wir erwähnen aus derselben zunächst die Wiedergabe eines guten Porträts Heinrich Meisters, dem ein Nachruf aus der Feder von Wilhelm Mos beigegeben ist. Die Bedeutung des ersten Mai wird gewürdigt durch das farbige Doppelbild Gelpenfer auf dem Wodsborg von M. Banfelow, durch das weitere farbige Bild Wem's Mai-lüsterl in Sachsen weht, durch die Gedichte Neudentsches Märlchen, Maientau, Zur Erinnerung und durch die Humoreske Wie man den Bod zum Gärtner macht. Ferner erwähnen wir aus dem Inhalt das farbige Bild Der Generalunfug, sowie die Illustrationen Ein hervorragender Vertreter des preußischen Dreiklassenwahlsystems, Konserbativ, Die Bibelstunde des Religionslehrers Zwiebelmeier, Vorschlag zur Güte, Der Optimist, Die Ablehnung des Antrags Wlach, Der letzte Rat, Militärisches Urteil, Großmut, Andacht und aus dem textlichen Teil die Gedichte Germanias Klagelied, Der Versuch, Zeitungsschreibers Trost, Die drei Gefellen von Ludwig Lessen, Schwieriges Problem, Geduld, Nobile par Fratrum und zahlreiche kleinere Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige.